

Die Daseinsgewerkschaft.
Mitgliedermagazin

younited

Foto: ©jackfrog - stock.adobe.com

Letzter Rückzugsort Familie

Kommentar von Christian Meidlinger
zur Corona-Virus-Krise auf Seite 3



Wir sind für unsere Mitglieder da.

*Die Österreichische Bundesregierung hat tiefgreifende Maßnahmen gegen das Coronavirus beschlossen.
younion _ Die Daseinsgewerkschaft ist weiter für ihre Mitglieder da!*

Um niemanden einem Risiko auszusetzen, ersuchen wir jedoch alle Anfragen per E-Mail zu stellen, oder uns anzurufen: **+43 1 313 16 8300**

Vom Handy mit der Kurzwahl: ***900**

Einschränkungen:

- die (Abend-)Rechtsberatungen finden ebenfalls nur telefonisch statt.
 - das Infocenter in der Wiener Guglgasse ist bis auf weiteres geschlossen
 - der 3. Bundeswettbewerb im Laufen ist abgesagt
 - alle Veranstaltungen der HG VII sind bis einschließlich 30. Mai 2020 abgesagt.
- Telefonische Auskunft unter: +43 1 313 16 83777 oder +43 1 313 16 83772

Über Einschränkungen bei Beratung und Service in den Bundesländern informiert Sie ihre jeweilige Landesgruppe.

younion
Die Daseinsgewerkschaft

IMPRESSUM

Herausgeber: younion _ Die Daseinsgewerkschaft; 1090 Wien, Maria-Theresien-Straße 11

Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96, Fax 01/662 32 96 - 39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, Web: www.oegbverlag.at, UID: ATU 55591005, FN 226769i

Hersteller: Walstead Leykam Druck GmbH & Co KG, Bickfordstraße 21, 7201 Neudörfel; Verlagsort: 1020 Wien, Herstellungsort: 7201 Neudörfel

Redaktion: 1090 Wien, Maria-Theresien-Straße 11; Chefredakteur: Ronald Pötzl; Redaktion: Christian Meidlinger, Michael Novak, Marcus Eibensteiner; Layout/Grafik: Rainer Müllauer

Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

DVR-Nr. 0046655 | ZVR 576 439 352

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz unter: www.younion.at/offenlegung

Dieses Klatschen gehört euch!

Christian Meidlinger,
Vorsitzender der
younion



foto: Robert Rubak

richtungen. Müll, Rettung, Wasser, Energie, Verkehr, all diese Einrichtungen funktionieren reibungslos. Der Applaus, den die Bürgerinnen und Bürger dieser Tage an ihren Fenstern, auf ihren Balkonen hören lassen, hat einen klaren Adressaten: Dieses Klatschen gehört euch.

Zur Information: Das erarbeitete Kurzarbeitsmodell kommt für Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände nicht zur Anwendung. Die Politik nimmt an, dass es in diesen Bereichen zu keinem Verzicht der Arbeitsleistung von Gemeindebediensteten kommt. Wir werden die Gemeinden aber genau beobachten, und wir erwarten, dass es zu keinen Kündigungen kommt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unser aller Leben hat sich in den vergangenen Tagen und Wochen dramatisch verändert. Vielerorts herrschen Ungewissheit und Angst. Der neuen Situation muss die Politik mit klaren Maßnahmen begegnen, das ist ihre Aufgabe. Die Bundesregierung hat Ausgangsbeschränkungen erlassen, neue Gesetze schränken das Alltagsleben ein. Das macht bis zu einem gewissen Grad Sinn. Die Konzepte, die beispielsweise in Großbritannien und in den Niederlanden umgesetzt wurden – nämlich dem Virus weitgehend freie Fahrt zu lassen, bis es von selbst ausbrennt – haben sich als zu riskant und als falscher Weg erwiesen.

Auch in schwierigen Zeiten wie diesen dürfen wir allerdings nicht über das Ziel hinausschießen. Bei aller Besorgnis gilt es, die Grenzen der Demokratie einzuhalten. Auch in Zeiten von Corona darf das Parlament keine Gesetze beschließen, die uns nachhaltig der individuellen Freiheit berauben. Darauf werden wir achten.

Während der Kampf zur Eindämmung des Virus andauert, dürfen wir außerdem eine zweite Front nicht aus den Augen verlieren: Obwohl die Sozialpartner ein ausgezeichnetes Kurzarbeitszeitmodell verhandelt haben, wurden innerhalb kürzester Zeit mehr als 75.000 Menschen in die Arbeitslosigkeit gedrängt. Die Bundesregierung hat zwar 38 Milliarden für Hilfsmaßnahmen zugesagt. Aber diese Hilfe muss auch dort ankommen, wo sie notwendig und wo sie verdient ist. Eine klare Absage an das Gießkannenprinzip: Unternehmen, die jetzt ArbeitnehmerInnen kündigen, dürfen keine Hilfe von uns SteuerzahlerInnen erhalten.

Eure Arbeit ist das Rückgrat der Gesellschaft

Ein riesiges „Danke!“ gebührt an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Städte und Kommunen. Die Einrichtungen der Daseinsvorsorge funktionieren, mit Homeoffice in der Verwaltung, vor Ort in den Gesundheits- und Betreuungsein-

Kulturschaffende trifft es hart

Besonders hart trifft die Krise die Kulturschaffenden. Alle Theaterbetriebe, Kinocenter und weitere kulturelle Einrichtungen wurden geschlossen. Hier ist für viele Betriebe Kurzarbeit eine gute Möglichkeit für Angestellte und ArbeiterInnen. Wir fordern alle Unternehmen auf, von Kündigungen Abstand zu nehmen.

Dringend Hilfe benötigen unzählige freischaffende KünstlerInnen. Sie stehen vor existenziellen Problemen. Den Zusagen der Bundesregierung müssen Taten folgen. Ein Fonds, der Direktzahlungen an die betroffenen ArbeitnehmerInnen ermöglicht, ist so schnell wie möglich einzurichten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche Ihnen und Ihren Familien in diesen turbulenten Zeiten alles erdenklich Gute – bleiben Sie gesund.

Ihr

Christian Meidlinger

I N H A L T

Liebe, Ehe, Kinderglück Seite 5-7

Die Paarreportage über Familie, Tochter Paulina und über die Schwierigkeiten einer Beziehung zwischen zwei Frauen.

Papa-Monat: Noch nicht fertig Seite 8-9

Das Interview zum Halbjahrjubiläum: Warum bei der tollen Sache Frühkarenz noch nachgeschraubt werden muss.

Zuhause auf Zeit Seite 11-13

Wenn Eltern sich nicht mehr um Kinder kümmern können, springen Pflegefamilien ein. Das ist schön – aber manchmal aufwühlend.

Wegschauen verboten Seite 14-15

Seit 1992 kämpft die Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft für die Rechte von Kindern und Jugendlichen. Gegen Gewalt, Armut und Diskriminierung.

Tschüss, Behandlungsbeitrag! Seite 16

Jugendliche im Gemeindedienst sollten zur Kassa gebeten werden. Unsere Jugendabteilung war dagegen – mit Erfolg.

Duell der Städte Seite 17-19

Die Studie belegt es: Wien ist die lebenswerteste Stadt der Welt. Aber was haben andere Großstädte drauf? Wir schauen über den Tellerrand.

Niemals vergessen Seite 20

Befreiungsfeier in Mauthausen: Eine Absage an Fremdenhass, Antisemitismus, Diktatur und Intoleranz.

Mit kräftiger Stimme Seite 21-23

„FOREVER YOUNG“ lautete das Motto der 3. Bundesjugendkonferenz. Gefordert: mehr Ausbildungsplätze in der Pflege.

Tusch und Applaus Seite 25

Seit unglaublichen 75 Jahren ist der Musiker, Komponist und Kapellmeister Franz Bileck aktives Gewerkschaftsmitglied.

Bundesländer-News Seite 26-27

Der Salzburger Steuerlöscher hilft beim Sparen. Und auch der Sport kommt nicht zu kurz.

Europas „Green Social Deal“ Seite 29-31

Wie die Wirtschaft nach Corona wieder auf die Beine kommen soll.

Das ist doch Stermann?!! Seite 34

Vaterfreuden können sogar ein Herz aus Stein rühren, da ist sich unser Kolumnist ganz sicher.



Es ist wahr, aber nicht so schlimm

Geht's Ihnen derzeit auch so? Dieses plötzliche Gefühl manchmal, dass irgendwas im Bild nicht stimmt? Sowas Surreales, Traumartiges? Stell dir vor, ein Virus hat die Welt befallen. Wir sollten besser nicht hinausgehen. Toilettenpapier wird gehamstert. Kann doch nicht sein. Schwaches Drehbuch. Oder doch ein Traum? Die kleine Tochter eines Freundes freut sich, dass die Schule ausfällt. „Wird ihr schon noch vergehen“, sagt er am Telefon, „spätestens in zwei Wochen wird ihr schrecklich fad.“

Ist noch gar nicht so lange her, da haben wir den Sommerurlaub besprochen. Sardinien. Dorthin, das steht in der Zeitung, setzen sich vermehrt Co-



Ronald Pötzl
Chefredakteur

Angesichts der aktuellen Situation haben wir uns entschieden, die Frühlingausgabe unseres Mitglieder-magazins nicht gedruckt, sondern online zu veröffentlichen.

Die Mutter (89) hat die Putzfrau abgesagt, weil: „Besser Staub als Risiko.“ Kluge Frau, die Mutter.

rona-Flüchtlinge aus der Lombardei ab. Das Gesundheitssystem dort schwächelt, auch immer mehr Ärzte werden krank. Das kann doch alles nicht wahr sein.

Aber wenn du dich kurz umschaust, siehst du, dass das alles wahr ist. Aber auch wahr: Es ist gar nicht so schlimm. Solange der wichtigste Zufluchtsort hält, ist das alles nicht so schlimm. Was kann dieses Coronavirus im Vergleich mit einem gemeinsamen Lachen mit den Menschen, die du liebst? Deshalb ist unser aktuelles Heft der Familie gewidmet, in all ihren Facetten, in all ihren Unabwägbarkeiten, manchmal etwas schwierig, manchmal wie geschmiert.

Die Mutter (89) hat übrigens die Putzfrau abgesagt. „Besser Staub als Risiko“, sagt sie. Kluge Frau, die Mutter.

Unser Schwerpunkt zum Thema „Familie“ umfasst zehn Seiten und bringt Reportagen und Interviews zu verschiedenen Aspekten des Zusammenlebens.

Diskutiert haben wir, ob die Reportage zum Großstadtvergleich und der Attraktivität der lebenswertesten Stadt Wien ab Seite 17 in Zeiten von Reiseeinschränkungen und gestrichenen Flügen ihre Berechtigung hat. Da wir die Story für spannend und lesenswert befunden haben, ist sie im Heft geblieben. Viel Vergnügen damit!

Schwerpunkt Familie

Liebe, Ehe, Kinderglück



Viktoria lacht. Die Teamleiterin in der Wiener Magistratsabteilung 40 hat ihr Glück perfekt gemacht – und Nicole, Referentin in der Magistratsabteilung 65, geheiratet. younited-Redakteur Marcus Eibensteiner sprach mit dem Paar über Familie, Tochter Paulina und über die Schwierigkeit einer Beziehung zwischen zwei Frauen.

Nicole hat Liebe in den Augen und Zärtlichkeit in der Stimme. „Ich weiß sogar noch was du anhattest“, sagt sie zu Viktoria hingewendet, die neben ihr sitzt und zuhört, wie sie über ihr erstes Treffen im Café des Leopold Museums erzählt. „Vier Tage zuvor hatten wir begonnen, miteinander zu chatten, beim ersten Date hat es dann endgültig gefunkt“, erzählt sie weiter. Viktoria ergänzt mit einem Lächeln: „Eine Woche später hat sie bei mir in der neuen Wohnung übernachtet. Und irgendwie war sie dann jeden Tag da. Und jeden Tag ist ein Sackerl mehr mit Gewand gekommen ...“

Viktoria hat sich bereits mit 15 Jahren geoutet. Ihrer Mama wollte sie es am Telefon durch die Blume sagen – und hat davon erzählt, dass sie zur Regenbogenparade geht. „Meine Mama hat gemeint, dass sie da auch so gerne hingehet, weil die Wagen so schön dekoriert sind. Sie hat ein bisschen gebraucht, bis sie es verstanden hat. Jetzt ist aber alles ganz normal.“

Nicole bekannte sich erst mit 28 zu ihrer Homosexualität: „Ich habe es mir davor selbst nicht eingestehen können.“

Vor zehn Jahren hat es zwischen Nicole & Viktoria gefunkt

Das ist zehn Jahre her. Seither sind Nicole & Viktoria Familie, leben nunmehr in einem kleinen Einfamilienhaus in einer Neubausiedlung im niederösterreichischen Lanzendorf.

foto: Privat



In der Öffentlichkeit halten sich Viktoria und Nicole nicht so oft die Hände. Sie wollen nicht ständig angestarrt werden. Viktoria: „Aber gesagt hat auch noch niemand etwas. Als Frau hat man es da aber vielleicht leichter, als ein Mann.“ Ihr unmittelbares Umfeld akzeptiert die Beziehung aber völlig. Sie fahren auch gemeinsam mit den Eltern auf Urlaub.

So wie viele andere Paare mit Kindern auch. Denn vor zwei Jahren kam Paulina auf die Welt, eine kleine Frohnatur mit schon jetzt großem Wortschatz. Auf die Welt gebracht hat sie Nicole. Viktoria: „Ich habe immer gesagt, dass ich niemals schwanger werden will.“ Leicht war es allerdings nicht, Paulina zu bekommen. Denn bis vor vier Jahren war es offiziell gar nicht erlaubt, dass lesbische Paare Babys be-

kommen. Dazu musste erst das Fortpflanzungsmedizinergesetz (FMedG) geändert werden. Das geschah übrigens unter Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser, die ihre politische Karriere als Funktionärin in der younion – Die Daseinsgewerkschaft (damals GdG) startete. Eine Wiener Kinderwunschklinik kam den beiden schließlich entgegen, da sie eine Infoveranstaltung anbot, bei

der nur Frauen zugelassen waren. Nicole: „So sind wir nicht zwischen lauter heterosexuellen Paaren gesessen, die sich vermutlich ständig gefragt hätten, was wir da machen.“ Billig war das Ganze allerdings nicht. So kostet allein ein Spendersamen um die 1.000 Euro. Viktoria: „Insgesamt haben wir für die Schwangerschaft unser ganzes Ersparnis aufgebraucht.“ Die „private“ Suche nach einem Sa-

Für Paulina wünschen sich die beiden, dass sie in einer Gesellschaft aufwächst, die das alte, aus dem 19. Jahrhundert stammende Familienbild komplett abgelegt hat. Nicole: „Aus heutiger Sicht wäre es für sie vermutlich besser, wenn sie auf Männer steht. Dann müsste sie ihre Beziehung nicht ständig erklären müssen.“



foto: Robert Rubak

younion-Referat „Diversität und Communities“

younion – Die Daseinsgewerkschaft setzt sich mit dem Referat „Diversität und Communities“ für Fairness, Respekt sowie Toleranz in allen Lebensbereichen ein. Referentin Jasmin Mrzena-Merding: „In den letzten Jahren ist ein verstärkter Wertewandel spürbar. Dieser bricht langsam aber stetig alte Rollenbilder und Stereotypen auf.“

foto: Michael Liebert





Mami Paulina Mama

menspender kam jedenfalls nie in Frage. Denn das war den beiden rechtlich viel zu unsicher. Schließlich hätte der Vater jederzeit seine Rechte einfordern können.

Käme es zur Trennung müsste Viktoria Alimente bezahlen

Vor der Samenspende musste das Paar zum Notar. Dort wurde bestätigt, dass Viktoria in die Rolle des Vaters tritt. Mit allen Rechten und Pflichten. Viktoria: „Würden wir uns trennen, müsste ich Alimente zahlen.“ Viktoria steht auch in der Geburtsurkunde als zweiter Elternteil.

Bevor jetzt ein falscher Eindruck entsteht: In der Beziehung gibt es keine „männliche“ und „weibliche“ Rolle. So ist Viktoria mehr die Heimwerkerin, aber auch fürs Kochen zuständig. Gegenüber Paulina ist das Ehepaar völlig offen und erklärt auch immer wieder, warum ihre Eltern zwei Frauen sind. Entsprechende Kinderbücher kann Paulina aber schon nicht mehr sehen, sie „liest“ lieber andere Sachen. Für sie ist es einfach selbstverständ-

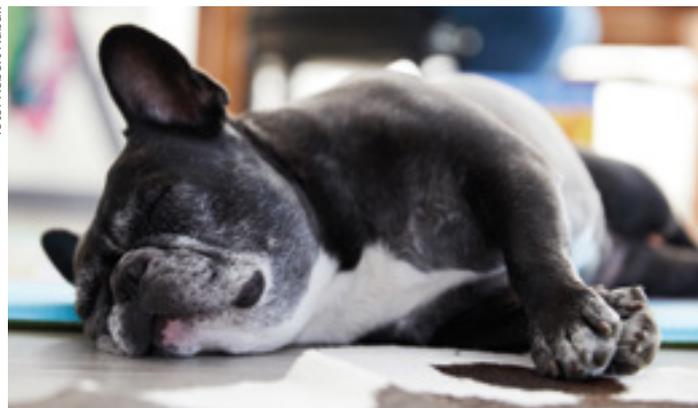
lich, dass Viktoria „Mami“ ist und Nicole „Mama“.

Aber wie ist das eigentlich mit dem Umfeld? Was sagen die ArbeitskollegInnen? Was sagen die NachbarInnen? Was sagen die eigenen Familien dazu, dass zwei Frauen ein Kind haben?

Die Antwort ist schlicht und einfach: nichts. Die KollegInnen plaudern ganz normal, in der Nachbarschaft wohnt ein schwules Pärchen und mit den Familien ist auch alles paletti. Nicoles Eltern wohnen nur ein paar Häuser

Es hat ein bisschen gedauert, bis Nicole mit Paulina schwanger wurde. Viktoria: „Insgesamt haben wir für die Schwangerschaft unser ganzes Ersparnis aufgebraucht.“ Hilfe in allen Belangen holen sie sich regelmäßig im RegenbogenFamilienZentrum Wien.

entfernt und fahren mit der Jungfamilie auch gemeinsam auf Urlaub. Leichter haben es zwei Frauen in einer Beziehung allerdings nicht. Viktoria: „Frauen neigen halt dazu, etwas aufzubauschen. Das hat man dann doppelt zu Hause. Auch die Hormone und die Stimmungsschwankungen sind dann mal zwei. Was uns verbindet, ist die Liebe, Paulina und die Zukunft.“



FPÖ-Gesundheitssprecherin Dagmar Belakowitsch-Jenewein sah mit der Einführung des Fortpflanzungsmedizinengesetzes die „Büchse der Pandora geöffnet“. Wer Viktoria, Nicole und Paulina heute besucht, sieht eine normale Kleinfamilie – samt französischer Bulldogge „Abby“.



Frühkarenz (Papamonat) Wir sind noch nicht fertig!

*Vor einem halben Jahr ist der Durchbruch geglückt:
Der „Papamonat“ wurde österreichweit eingeführt. Zeit für eine
Bilanz. Fazit: Tolle Sache, aber wir sind noch nicht fertig.*

Vorreiterin war die Stadt Wien. Bereits im Jahr 2011 hat sie für ihre ArbeitnehmerInnen den Anspruch auf einen Monat Vaterkarenz beschlossen. Junge Familien sollen im ersten Monat nach der Geburt Zeit miteinander verbringen können, die Mütter sollen entlastet werden. Im September des Vorjahres wurde der „Papamonat“ (der in Wien unter dem Modell „Frühkarenz“ läuft) österreichweit eingeführt. Wir haben unsere Expertinnen zum

Interview eingeladen (siehe Seite rechts). Ihr Fazit: Tolle Sache, aber noch nicht ganz fertig gebacken.

Zu wenig Entlastung: Der „Papamonat“ muss für alle leistbar werden

Durch Schwangerschaft und Geburt sinkt das mütterliche Einkommen für längere Zeit radikal ab. Wer die Frühkarenz in Anspruch nimmt, verliert ebenfalls Geld. Das geht sich oft finanziell nicht aus. Klare Forderung: Lohn und Gehalt müssen weiterlaufen.

foto: ©Prostock-studio - stock.adobe.com

einfach. menschlich. fair. legendär!

spusu legendär

15 GB
500 Minuten
500 SMS

+ 32 GB
daten.trans.fair

9⁹⁰
€/Monat



spusu 

spusu. Mobilfunk ohne versteckte Kosten!

Unsere drei Expertinnen zum Thema „Frühkarenz“ an einem Tisch zu versammeln, war angesichts der Eintragungsdichte ihrer Kalender kein leichtes Unterfangen, aber die Übung ist geglückt. Das Ergebnis im Überblick: geballtes Wissen, eine klare Forderung – und harsche Kritik am Regierungsprogramm.

younited: Beginnen wir gleich beim Kern der Sache. Wie funktioniert der „Papamonat“?

Judith Hintermeier: Bei uns heißt das „Frühkarenz“. Und die funktioniert so: Sobald das Kind auf der Welt ist, kann der Partner sich aussuchen, ob er mindestens eine Woche oder auch mehr Tage Frühkarenz in Anspruch nimmt. Das gilt allerdings nur für die Zeit (Beschäftigungsverbot der Mutter) nach der Geburt des Kindes.

Christa Hörmann: Und zwar bis zu einem Monat, höchstens 31 Tage. Einfach zur Unterstützung der Mutter in der ersten Zeit und damit der Partner/die Partnerin Zeit mit dem Kind verbringen kann.

Wer zahlt dafür, dass der Vater zu Hause bleiben kann?

Christa Hörmann: Als finanzielle Unterstützung wurde der Familienzeitbonus eingeführt. Aber Achtung, da darf man zwei verschiedene Paar Schuhe nicht verwechseln: An sich kann man die Frühkarenz auch ohne Bezahlung nehmen, darauf besteht ein Rechtsanspruch. Eine Geldleistung kann ich aber nur lukrieren, wenn ich 28, 29, 30 oder 31 Tage Frühkarenz beanspruche und verschiedene Voraussetzungen erfülle: z. B. Anspruch auf Familienbeihilfe, gemeinsamer Haushalt muss gegeben sein, keine Erwerbstätigkeit im Bezugszeitraum, keine Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung, durchgehende Erwerbstätigkeit innerhalb der letzten 182 Tage vor der Geburt, also ungefähr sechs Monate.

Das Modell war lange auf öffentlich Bedienstete beschränkt.



foto: Lisa-Marie Kletz

„Das Regierungsprogramm ist 320 Seiten dick. Davon 2 Seiten für Familien“: Bundesfrauenvorsitzende Christa Hörmann, stellv. Vorsitzende Angela Lueger und Frauenreferentin Judith Hintermeier im Interview mit Chefredakteur Ron Pötzl.

Christa Hörmann: Ja, aber mit September des Vorjahres ist das auch eine Bundesgeschichte für alle geworden, solide verankert im § 1A des Väterkarenzgesetzes.

Angela Lueger: Das ist allerdings das Stichwort für eine Anmerkung zum neuen Regierungsprogramm. Dieses Programm ist 320 Seiten dick und wurde von Kanzler Kurz und Vizekanzler Kogler stolz präsentiert. Ganze eineinhalb Seiten davon sind den Frauen gewidmet. Das Thema Familie wird auf zwei Seiten abgehandelt. Und da steht zwar drin, man wolle „Anreize“ für Männer, mehr unbezahlte Arbeit zu übernehmen, in die Väterkarenz zu gehen oder den Papamonat in Anspruch zu nehmen. Aber es gibt keine konkreten Maßnahmen, keine Lösungsansätze, keine Rahmenbedingungen. Das ist Augenauswischerei.

Judith Hintermeier: Im Endeffekt müssen sich die ArbeitnehmerInnen dann selber mit der Arbeits- oder Dienststelle auseinandersetzen.

Angela Lueger: Richtig, man lässt die Leute wieder allein. Und nicht zuletzt geht es natürlich wieder um das Geld. Wer zahlt?

Was kostet Frühkarenz den Arbeitgeber/die Arbeitgeberin?

Christa Hörmann: Pensions- und Sozialversicherung, da die Väter in dieser Zeit versichert sind. Aber man bekommt kein Entgelt. Das fehlt dir in einer solchen Situation. Was wir für die Bediensteten der Stadt Wien ausverhandelt haben: keine Aliquotierung des Erholungsurlaubes für die Zeit. Aber Urlaubs- und Weihnachtsgeld wird aliquot ausbezahlt.

Da müsste man ansetzen, um das Modell populärer zu machen?

Angela Lueger: Ja, genau! Wir fordern, dass für diese Zeit Entgelt bezahlt wird. Zu wenige Familien können sich das sonst leisten. Wer ein Baby bekommt, braucht jeden Euro und jeden Cent. Meistens verdient immer noch der Mann mehr als die Frau. Dies muss sich ändern, da es eine Frage der Leistbarkeit ist.

Christa Hörmann: Wenn der Partner/die Partnerin den Familienzeitbonus beansprucht – im Monat ungefähr 700 Euro – und entscheidet sich nach der Frühkarenz irgendwann auch Kinderbetreuungsgeld in Anspruch zu nehmen, werden diese 700 Euro wieder abgezogen. Das ist kein Bonus, sondern ein Vorschuss. Und das verteilen wir.



| GRATIS-BERATUNGSSCHECK |

Wir haben das optimale VORSORGE-Paket für Sie und Ihre Familie.

Die VORSORGE bietet Ihnen ein RUNDUM-SERVICE mit Vorsorgeprodukten der Wiener Städtischen, die Ihren Bedarf in jeder Lebenssituation abdecken. Wir sind in Fragen von BERATUNG, VERSICHERUNG und SCHADENSABWICKLUNG immer für Sie da!

ZVR: 582972375 (20.02 – I20209511)



younion

vorsorge-younion.at

vorsorge

GRATIS-BERATUNGSSCHECK

für Gemeindebedienstete und younion-Mitglieder

Nutzen Sie schon alle VORSORGE-Vorteile, bzw. wissen Sie, was Sie sich ersparen können? Investieren Sie eine Stunde für ein persönliches Gespräch mit Ihrer/Ihrem VORSORGE-BeraterIn der Wiener Städtischen Versicherung – es lohnt sich für Sie! Weitere Informationen finden Sie auch unter vorsorge-younion.at

Welche Beratung wünschen Sie (bitte ankreuzen)?

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Polizzencheck Ihrer bestehenden Versicherungen | <input type="checkbox"/> Haftung & Recht |
| <input type="checkbox"/> Pension & Vermögen | <input type="checkbox"/> Auto & Fahren |
| <input type="checkbox"/> Gesund & Fit | <input type="checkbox"/> Freizeit & Reise |
| <input type="checkbox"/> Risiko & Absichern | <input type="checkbox"/> Beruf |
| <input type="checkbox"/> Haus & Wohnen | <input type="checkbox"/> Leasing |

vorsorge-younion.at



younion

vorsorge

ZVR: 582972375 (20.02 – I20209511)

| IHRE DATEN |

Vor-/Zuname
Geburtsdatum
Straße
PLZ/Ort
Telefon

Senden Sie diesen Beratungsscheck an:

VORSORGE-Generalsekretariat

Obere Donaustraße 63, 1020 Wien

Fax: 050 350 99-21189

E-Mail: vorsorge.younion@wienersaetdtische.at



re alt. Auch die mussten zustimmen. Die beiden haben sich in ihre Rolle als Leihschwwestern schon richtig eingelebt und kümmern sich rührend um den temporären Familienzuwachs. Miriam Köhler ist als Krisenkinderpflegerin angestellt beim Verein „Eltern für Kinder Österreich“ (Efkö). Dabei gibt es zwei Varianten: Bei der großen Anstellung übernimmt man zwei Kinder, bei der kleinen Anstellung nur ein Kind. Köhler hat die kleine Anstellung gewählt und erhält für ihre wertvolle Arbeit einen Euro über

Ein Zuhause auf Zeit

fotos: Robert Rubak

Miriam Köhler, 32 Jahre, hat 2018 beschlossen, Krisenpflegemutter in Wien zu werden. Seither hat sie schon neun Kleinkinder und Babys betreut. Ein Leben mit Ankunft, Aufpäppeln der ganz Kleinen und Abschied.

Miriam Köhler wollte etwas Sinnvolles machen. Am besten etwas mit Kindern. Daher informierte sie sich über die verschiedenen Möglichkeiten und Ausbildungen. Die zweifache Mutter, die gemeinsam mit ihrem Mann seit 15 Jahren ein Geschäft in Wien betreibt, ist sogleich fündig geworden: Pflegemutter zu werden. Und zwar im Besonderen: Krisenpflegemutter. Der Unterschied liegt darin, dass die Krisenpflegemutter ausschließlich Babys bzw. Kinder bis maximal drei Jahren bekommt – und meistens nur für ein paar Monate. Die normalen Pflegeeltern haben ihre Pflegekinder in der Regel für einen sehr langen Zeitraum.

„Ich habe mich Anfang des Jahres 2018 dazu entschlossen, die Ausbildung zur Krisenpflegemutter zu machen, und Mitte 2018 habe ich schon das erste Kind übernommen“, sagt Miriam Köhler. Seitdem hat sie acht Kinder betreut. Das neunte hat sie gerade bei sich und ist schon fünf Monate bei den Köhlers.

Die 32-Jährige ist übrigens die jüngste von insgesamt nur 39 Krisenpflegeeltern in Wien. Sie hat die Ausbildung damals gemeinsam mit ihrem Mann absolviert. „Es müssen bei einer Kri-

senpflege alle in der Familie dafür sein und an einem Strang ziehen. Denn so ein Krisenbaby bringt ganz schön viel Action in den Alltag“, sagt die engagierte Wienerin.

Darüber hinaus sollten die Pflegeeltern (es können den Job aber auch AlleinerzieherInnen oder Singles übernehmen) über gewisse Voraussetzungen verfügen: Etwas Platz im Haushalt schadet nie, flexibel sollte man sein und auch die persönlichen

der Geringfügigkeitsgrenze – damit ist man auch versichert. Pro Tag erhält die Krisenpflegemutter eine Aufwandspauschale von 35 Euro für alle Dinge, die das Pflegekind braucht. Aber des Geldes wegen macht man diese Arbeit sowieso nicht. Es zählen die ideellen Werte. „Ich möchte einem Kleinkind eine schöne Zeit schenken, damit es sich gut weiterentwickeln kann. Für viele dieser Kinder ist eine Familie wie ein Luxus. Es gibt aber auch Abschiede und Verluste. Das ist nicht ohne, wenn ein Baby vier Monate bei uns ist und dann geht. Aber es wartet dann schon das nächste, das auch Hilfe braucht“, sagt Miriam Köhler.

Wichtig ist aber der Austausch mit



Miriam Köhler hat 2018 beschlossen, eine Ausbildung zur Krisenpflegemutter zu machen – gemeinsam mit ihrem Mann. Hier ist die zweifache Mutter mit ihrem fünf Monate alten Pflegekind zu sehen, das sie liebevoll „Igelchen“ nennt; denn der Bub hat nicht einmal einen Namen.

Verhältnisse sollten im Reinen liegen. Das zu pflegende Kind braucht nämlich einen geregelten Tagesablauf und eine sichere Umgebung, um sich so richtig wohl zu fühlen. Köhlers Töchter sind schon zehn und acht Jah-

Gleichgesinnten. Das „Efkö“ lädt daher einmal im Monat zur Supervision. Da tauschen sich Krisenpflegeeltern im kleinen Kreis (meist zu fünft) aus und helfen einander bei größeren und kleineren Problemen.

Wenn Kinder eine neue Familie brauchen

fotos: Robert Rubak

„MAG ELF“ fängt Kinder auf, deren Eltern sich nicht mehr um sie kümmern können oder dürfen, und übergibt sie an Pflegeeltern. Martina Reichl-Roßbacher leitet seit 2002 den Fachbereich für Adoptiv- und Pflegekinder und erklärt den aufwühlenden Alltag.

Martina Reichl-Roßbacher leitet seit 2002 den Fachbereich für Adoptiv- und Pflegekinder des MAG ELF im neunten Bezirk. Sie ist unter anderem zuständig für die insgesamt 823 (normalen) Pflegeeltern und 39 Krisenpflegeeltern in Wien. Die Sozialarbeiterin wünscht sich dringend mehr InteressentInnen – vor allem für die Krisenpflege.



younited: Frau Reichl-Roßbacher, Sie sind zuständig für Pflegekinder und leiten diese Abteilung. Was kann man sich darunter vorstellen?

Martina Reichl-Roßbacher: Wir sind zuständig, wenn in Familien Krisen ausbrechen und Kinder nicht von ihrer Familie versorgt werden können. Dann kommen diese Kinder zu Krisenpflegeeltern, die sich um sie kümmern, und ihnen einen geregelten und sicheren Alltag garantieren. Das sind die Pflegemamas und Pflegepapas, die entweder bei uns angestellt sind oder das so machen.

Wie meinen Sie das mit angestellt?

Reichl-Roßbacher: In der Krisenpflege gibt es zwei Anstellungsmodelle. Beim Anstellungsmodell 2 erhält man 1.300 Euro pro Monat, das Anstellungsmodell 1 ist einen Euro über der Geringfügigkeitsgrenze. Um als Krisenpflegemutter/-vater tätig sein zu können, bedarf es eines Vorge-

sprächs und anschließend einer Schulung, die man gemeinsam mit werdenden Pflegeeltern absolviert. Alle Pflegeeltern erhalten unabhängig ob sie die Anstellung nutzen, Pflegekindergeld als Aufwandsentschädigung und haben alle Ansprüche, die allen Eltern generell zustehen. Das Pflegekindergeld ist in den Bundesländern unterschiedlich geregelt.

Wie lange dauert die Ausbildung für Pflegeeltern?

Reichl-Roßbacher: Über die Dauer von sieben Wochen findet einmal pro Woche von 17 bis 20 Uhr eine Schulung statt. Da sieht man, was erwartet wird, und ob einem das noch immer gefällt. Im Rahmen der Schulung kann man immer aussteigen. Und wer sie absolviert, macht im Anschluss daran ein dreitägiges Seminar, das sich intensiv mit bestimmten Themen auseinandersetzt. Wir als „MAG ELF“ brauchen dringend Krisenpflegeeltern und Pfl-

geeltern, und freuen uns, wenn sich mehr Personen melden. Unser großes Ziel ist es, mehr Kindern die Möglichkeit zu geben in familiären Systemen aufzuwachsen.

Ab welchem Alter kommen die Kinder zu Ihnen?

Reichl-Roßbacher: Als Neugeborene schon – wenn eine Mutter keine Versorgung für ihren Säugling bieten kann, oder wenn die Verwandten sich nicht um das Baby kümmern können.

In welchem Zustand befinden sich diese Babys?

Reichl-Roßbacher: Ganz unterschiedlich. Kinder, die bereits nach der Geburt einen schweren Entzug haben, haben oft lange einen schwierigen Alltag. Alle Kinder, egal ob sie vernachlässigt sind, Gewalt erlebt haben oder auch immer wieder vor sehr lebensbedrohlichen Situationen standen, bringen ihren Rucksack mit.

Wie lange muss so ein Baby warten, bis Krisenpflegeeltern zur Verfügung stehen?

Reichl-Roßbacher: Gar nicht. In den meisten Fällen passiert das alles innerhalb einer Stunde. Wir bekommen das Okay aus dem Spital und leiten bei uns schon alles in die Wege. Das ist ein nahezu nahtloser Übergang.



Es gibt Krisen- und Dauerpflegeeltern. Wo ist der Unterschied?

Reichl-Roßbacher: Die Krisenpflegeeltern springen ein, wenn der Hut brennt. Die sind so flexibel und engagiert, das ist wirklich schön. Es kommt auch vor, dass Kinder wirklich nur für eine kurze Zeit eine Hilfe benötigen. Kinder haben eine andere zeitliche Dimension als Erwachsene. Oft endet die Gefährdungsabklärung mit der Entscheidung, dass ein Kind in einer Pflegefamilie untergebracht wird.

Und wie lange bleiben Kinder bei den Dauerpflegeeltern?

Reichl-Roßbacher: Wir verwenden lieber das Wort „langfristig“ anstelle von „dauernd“ in diesem Zusammenhang. Weil die eigentlichen Eltern ja immer das Recht haben, wenn sie es können, das Kind zurückzuholen. Aber häufig ist es so, dass die Pflegekinder bei ihren Pflegeeltern bleiben, bis sie erwachsen sind. Das ist also wie beim eigenen Kind.

Und wie ist das geregelt, wenn die eigentlichen Eltern ihre Kinder sehen wollen?

Reichl-Roßbacher: Die haben ein Besuchsrecht – das unterschiedlich genutzt wird. Im Großen und Ganzen kommen aber alle ganz gut miteinander aus. Bei der Krisenpflege gibt es wöchentliche Kontakte, da es ja hier um eine rasche Abklärung geht. Bei den Pflegekindern in den Pflegefamilien haben wir andere Kontaktintervalle. Wenn ein Kind aus der Krisenpflege nach Hause geht, dann finden viele Kontakte statt, damit die Eltern wieder ihre Elternkompetenzen übernehmen lernen.

Die Kinder wachsen ja zumeist in ganz anderen sozialen Verhältnissen auf. Wie wirkt sich das auf die Pflegekinder aus?

Reichl-Roßbacher: Eltern, die nicht mit ihren Kindern leben



Martina Reichl-Roßbacher unterscheidet strikt zwischen Pflegeeltern und Krisenpflegeeltern. Die Ersteren haben die Kinder zumeist wirklich wie ein eigenes Kind bei sich. Die Zweiten helfen kurzfristig – meist nur ein paar Monate – aus und versuchen, dem Baby in der Zeit ein ruhiges und sicheres Zuhause zu bieten.

können, haben vielfache Probleme und können Kindern leider nicht die notwendige Kontinuität anbieten. Ein Säugling muss regelmäßig ernährt werden, jüngere Kinder benötigen einen regelmäßigen Alltag, um sich geborgen zu fühlen und sich gut entwickeln zu können. Bildung ist kein Grund, um Kinder in Pflegefamilien unterzubringen. Auch wenn der Bildungsweg in Österreich vom Elternhaus abhängig ist, so ist es kein Grund, Kinder in Pflegefamilien unterzubringen. Das Schöne in der Arbeit mit Pflegekindern und Pflegeeltern, ist zu sehen, wie sich die Kinder, wenn sie ein kindgerechtes Umfeld haben, entwickeln.

Wie viele Pflegeeltern gibt es in Österreich?

Reichl-Roßbacher: Mit Stand Ende 2019 sind es 823 Pflegeeltern und 39 Krisenpflegeeltern gewesen. Wenn sich jemand dafür interessiert – am 2. April haben wir im Familienzentrum am Franz-Jonas-Platz im 21. Bezirk von 18 bis 20 Uhr einen Informationsabend.

Wer ist geeignet als Pflegemama oder Pflegepapa?

Reichl-Roßbacher: Alle, die gerne mit Kindern zusammenleben wollen. Es sind Paare mit und ohne Kinder genauso geeignet wie Alleinstehende oder Alleinerziehende. Alles, was es im Familienleben gesellschaftlich so gibt, gibt es auch in der Pflegefamilie. Bei der Krisenpflege sollte man nur bedenken, dass der Kinderwunsch schon abgeschlossen sein sollte. Denn diese Kinder hat man wirklich nicht lange und dennoch schließt man die Säuglinge gleich ins Herz ein. Da muss im Vordergrund stehen, dass man dem Kind für einen gewissen Zeitraum hilft und es stabilisiert.

Gibt es eine Altersgrenze für Pflegeeltern?

Reichl-Roßbacher: Prinzipiell nicht. Aber künftige Pflegeeltern sollten sich überlegen, wie alt sie sind, wenn das Pflegekind in die Pubertät kommt. Denn da braucht man schon noch Energien. Aber das ist sicher von Fall zu Fall verschieden.

Gegen Gewalt an Kindern

Die Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft (KJA) kämpft seit 1992 für die Rechte von Kindern und Jugendlichen. Denn sie werden häufig Opfer durch Gewalt, Armut und Diskriminierung.

Das Team der Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft mit den beiden Leitern Dunja Gharwal und Ercan Nik Nafs (im Vordergrund). Die KJA kümmert sich seit 1992 um die Rechte der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 21 Jahren. Denn jedes Kind hat das Recht auf Respekt, eine faire Behandlung sowie ein Leben ohne Gewalt und Angst. Die KJA sichert vertrauliche, individuelle und kostenlose Beratung allen Hilfesuchenden und findet immer eine Lösung.



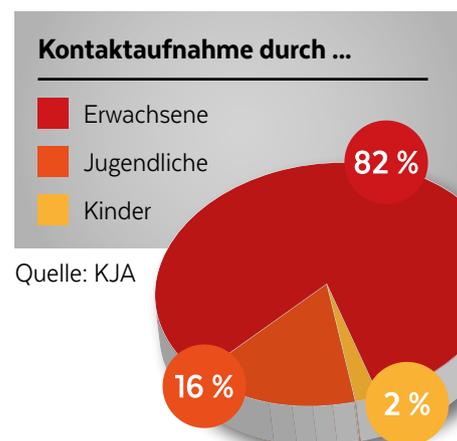
Leider werden allzu häufig die Rechte von Kindern und Jugendlichen beschnitten. Missbrauchsfälle in einem Sportverein, rassistische Attacken von LehrerInnen, Mobbing und andere Gewalttaten an Kindern und Jugendlichen – die Palette an Verstößen gegen Kinderrechte ist groß. Groß ist auch die Not der betroffenen Kinder. Sie müssen betreut, sie müssen aber auch rechtlich bestens vertreten werden. Dafür wurde 1992 die Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft (KJA) als Ombudsstelle gegründet. Sie ist eine unabhängige Einrichtung der Stadt Wien, die sich für die Interessen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 21 Jahren einsetzt. Die Arbeit der KJA basiert auf der UN-Kinderrechtskonvention, die in

Österreich im September 1992 formal in Kraft getreten ist. Im Februar 2011 wurden die zentralen Bestimmungen der UN-Kinderrechtskonvention in die Bundesverfassung aufgenommen. Die Ratifizierung der Konvention in Österreich ist das wichtigste Instrument zur Anerkennung von Kindern als Träger von Menschenrechten, zu deren besonderen Schutz sich der Staat verpflichtet und Grundwerte im Umgang mit ihnen festgelegt hat.

Anonym und gratis

Auf Landesebene bildet die rechtliche Grundlage der KJA das Wiener Kinder- und Jugendhilfegesetz 2013 (WKJHG 2013). Die KJA ist in der Erfüllung ihrer Aufgaben weisungsfrei, unentgeltlich und berät anonym. Sie wird

von Dunja Gharwal und Ercan Nik Nafs geleitet. Die beiden Akademiker führen elf weitere KJA-Mitarbeiter, die sich für die Anliegen der jungen Zielgruppe einsetzen. KJA-Anwältin Dunja Gharwal: „Die KJA umfasst mit der



Ombudsstelle Soziale Arbeit, Sozialpädagogik und Bildung ein breites Arbeitsspektrum, das derzeit vor allem mit drei Problembereichen, in denen Lücken zu schweren Kinderrechtsverletzungen führen, konfrontiert ist: Gewalt, Armut und Diskriminierung.“ Was sind aber die häufigsten Fälle, die herangetragen werden? KJA-Anwalt Ercan Nik Nafs: „Zumeist betreffen diese Fälle etwa im Bildungsbereich Beschwerden über das Verhalten von Pädagogen und Pädagoginnen. Hierbei erleben SchülerInnen diskriminierendes Vorgehen durch das Lehrpersonal, insbesondere in rassistischer und sexistischer Hinsicht. Auch Mobbingfälle oder Fälle von Bodyshaming, vor allem im Turnunterricht, werden häufig an die KJA herangetragen. Im Sportkontext legt die KJA aber auch außerhalb des Bildungsbereichs aktuell ein besonderes Augenmerk auf den Kinderschutz.“

Gewalt verhindern

Federführend erarbeitet die KJA derzeit in einer Arbeitsgruppe verpflichtende Mindeststandards für Vereine und Verbände aus, um jede Art von Verletzungen von Kindern und Jugendlichen bestmöglich zu verhindern und einen wertschätzenden und achtsamen Umgang zu gewährleisten. Auch in der Ombudsstelle für Soziale Arbeit sind die genannten Problembereiche ein Schwerpunkt der Sozialarbeiterinnen. Sie beraten, intervenieren und vermitteln bei Problemen durch psychische oder physische Gewalt. Sie helfen auch bei Fragen um Kontaktrecht, Obsorge, Trennung, Scheidung, Unterhalt, Strafrecht oder Jugendschutz. Eine weitere Ombudsstelle in der KJA ist die der Sozialpädagogik. Sie sorgt für die Wahrung der Kinderrechte in Wohngemeinschaften, Schutzwohnungen (Krisenzentren) oder anderen Wohnformen. Aus den unterschiedlichsten Gründen (etwa Gewalt, Krankheit der Eltern, Vernachlässigung) werden derzeit circa 2.100 junge Menschen zu ihrem Schutz fremdbetreut. Die unabhängige Kontrollstelle der KJA schreitet bei Missständen ein – beziehungsweise



Die Kinder- und Jugendanwältin Dunja Gharwal und Ercan Nik Nafs achten auf die Einhaltung der Kinderrechte.

se beugt sie durch unangekündigte Kontrollen weiteren Übergriffen und Grenzverletzungen vor. Durch ein regelmäßiges Monitoring der Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen trägt die Ombudsstelle zu einer Verbesserung der Betreuungsqualität und somit der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen bei.

Sensibel machen

Neben der Fallarbeit, die sich jeweils um konkrete Probleme Betroffener dreht, besteht ein großer Teil der Arbeit der KJA auch darin, für generelle Anliegen, die alle oder eine Vielzahl von Kindern und Jugendlichen betrifft, einzutreten. Darüber hinaus werden auch Vernetzungstreffen, Arbeitsgruppen, Veranstaltungen und Workshops organisiert, um die Öffentlichkeit für die Kinderrechte zu sensibilisieren. Regelmäßige Fortbildungen des KJA-Teams bilden eine unverzichtbare Unterstützung in der Arbeit für Kinder und Jugendliche. Denn eine Fachberatung stellt die wesentliche Form von Hilfestellung dar, um bestmögliche Lösungen für junge Menschen zu erwirken.

Umfassender Schutz

Man fragt sich, was noch zu tun wäre? Die auszugsweisen Darstellungen des Tätigkeitsbereichs der KJA lassen vor allem die Bedeutung und Notwendigkeit hinsichtlich der Umsetzung der Kinderrechte erkennen. Für einen umfassenden Schutz, bestmögliche

Versorgung und echte Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen braucht es eine deutliche Anerkennung der Kinderrechte auf politischer und gesellschaftlicher Ebene. Denn, so Kinder- und Jugendanwältin Dunja Gharwal, „viele Kinder in Österreich werden nicht ausreichend vor Armut, Gewalt oder Diskriminierungen jeglicher Art geschützt.“

Weg mit Gesetzesvorbehalt

Offen bleibt die Forderung der Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft, dass die Kinderrechtskonvention zur Gänze in den Verfassungsrang gehoben wird. Auch wenn Österreich die zentralen Bestimmungen übernommen hat, besteht beispielsweise der Artikel 7 des Bundesverfassungsgesetzes (BVG) Kinderrechte, der einen Gesetzesvorbehalt für zulässige Beschränkungen von Kinderrechten vorsieht, noch immer. Die KJA fordert die lückenlose Ratifikation dieses einmaligen und speziell auf die Bedürfnisse von Kindern zugeschnittenen Vertragswerks. Die KJA-Anwältin Dunja Gharwal und Ercan Nik Nafs betonen: „Alle Kinderrechte in die Verfassung. Und weg mit der Beschränkung von Kinderrechten! Erst wenn diese Lücken geschlossen sind, können wir sagen, dass der österreichische Staat die vollständige Umsetzung der Kinderrechte ermöglicht.“

KINDER- & JUGEND



ANWALTSCHAFT WIEN

 **70 77 000**

Montag, Mittwoch,
Donnerstag, Freitag: 9 bis 16 Uhr
Dienstag: 13 bis 16 Uhr
1090 Wien, Alserbachstraße 18

Vor einem persönlichen Besuch bitten wir um Terminvereinbarung

Telefon: 01 70 77 000
E-Mail: post@jugendanwalt.wien.gv.at



fotos: Marcus Eisensteiner

#die10mussweg

Behandlungsbeitrag abgeschafft

Lehrlinge im Gemeindedienst wurden in eine andere Krankenkasse verschoben. Es blühte ein Behandlungsbeitrag von 10 Prozent. Nun wurde er gestrichen.

Durch die Umstrukturierung der Krankenkassen gab es auch bei den Lehrlingen im Gemeindedienst eine große Umstellung. Sie wechselten mit Jahresanfang von den jeweiligen Gebietskrankenkassen zur Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB). Dadurch mussten Lehrlinge plötzlich einen Behandlungsbeitrag von 10 Prozent bezahlen.

„Für einen Lehrling mit einer Entschädigung von 700 Euro im Monat hätte das existenzbedrohend werden können“, erzählt Richard Tiefenbacher, Vorsitzender der YOUNG younion.

Mit der Kampagne #die10mussweg kämpften die JugendvertreterInnen gegen den Behandlungsbeitrag an.

„Es ist unmoralisch, unsere Jüngsten so abzuzocken“

Klare Stellungnahmen kamen auch aus allen Bundesländern. So sprach etwa younion-Vorarlberg-Vorsitzender Thomas Kelterer von einer Unmoral „gerade unsere Jüngsten abzuzocken“. Christian Jedinger aus Oberösterreich ließ wissen, dass „man gerade über Lehrlinge nicht drüberfahren darf“, und Gerhard Horwath aus dem Burgenland wies auf den

Umstand hin, dass „der Behandlungsbeitrag von 10 Prozent bei Lehrlingen auch dazu führen kann, dass Jugendliche nicht zum Arzt gehen“.

Dann die Erfolgsmeldung: Der Behandlungsbeitrag wird rückwirkend mit 1. Jänner abgeschafft!

Richard Tiefenbacher: „Wir danken für die gute Zusammenarbeit mit der GÖD und freuen uns darüber, dass Lehrlinge nicht durch Behandlungsbeiträge sowie andere Kostenbeteiligungen belastet werden.“

Bundesjugendreferent Daniel Waidinger: „Es ist ein schöner Erfolg der Gewerkschaftsbewegung.“

Duell der Städte



NASSAU, Bahamas

Drei Städte mit klingendem Namen im Vergleich zu Wien: Zürich, Tel Aviv und Nassau. Was sind die Vor- und Nachteile dieser Städte, und welche City bald alle abhängen könnte.

Familie Bernhuber aus Wien verbrachte im vorigen Sommer einen mondänen Urlaub. Sie verweilte zwei Wochen auf den Bahamas und hüpfte von einer zur anderen Karibikinsel. Das türkisblaue Meer, die rosa und weiß bemalten Häuser, schwimmende Schweine und die einsamen Strände in der Karibik wurden auf Fotos festge-

halten und diese wurden vor kurzem bei einem Dia-Abend mit Freunden gezeigt. Irgendwann fiel eine Frage: „Wo auf den Bahamas hat es euch am besten gefallen?“ Die Mutter und die beiden Kinder favorisierten Grand Bahama Island, die nördliche Insel des Archipels. Der Vater, Maximilian Bernhuber, war anderer Meinung: „Nassau,

die Hauptstadt der Bahamas, ist das Eindrucksvollste gewesen, das ich jemals gesehen habe. Das Flair, die Korallenriffe gleich vor der Stadt, die angenehmen Temperaturen und das gute Essen. Hier würde ich leben wollen.“ Bernhubers Auswanderer-Wunsch sollte überlegt sein. Nassau ist in der Tat eine traumhafte Stadt. Aber es gibt

TEL AVIV, Israel

Tel Aviv ist die zweitgrößte Stadt Israels und gesellschaftliches und wirtschaftliches Zentrum des Landes. Die pulsierende Startup-Szene verleiht der City am Mittelmeer einen hochmodernen Glanz. Im Ranking der lebenswertesten Städte liegt Tel Aviv allerdings weit hinten. Das liegt am schwelenden Nahostkonflikt und an den hohen Lebenshaltungskosten.



foto: @allegro60 - stock.adobe.com

ein paar Haken: Erstens wird das schöne Bild von Nassau ständig durch riesige Kreuzfahrtschiffe getrübt. Doch viel wesentlicher wiegen hier die unterschiedlichen Lebensbedingungen. Beim Flanieren durch die Stadtteile gerät man in Gebiete, wo Menschen nicht einmal über Strom oder fließendes Wasser verfügen. Und nur wenige Schritte entfernt thronen die Luxusvillen – umringt von Mango-, Bananen- und Kokosbäumen und automatischen Bewässerungsanlagen. Wer hier sehr viel Geld hat, lebt vortrefflich. Wer hier Otto Normalverbraucher ist, kommt über die Runden. Wer aber arm ist, kämpft täglich. Da die Lebenshaltungskosten recht hoch sind, braucht man entsprechend viele Bahama-Dollars. Denn auf der Insel wird kaum etwas produziert. Und so muss der überwiegende Teil importiert werden. Das verteuert die Produkte. Das Armutsgefälle fördert auch die Kriminalität. „Insbesondere nachts in abgelegenen und dunklen Gegenden auf den Inseln Grand Bahama und New Providence ist die Gefahr für Raubüberfälle, Handtaschenraub, Betrug und auch vereinzelt sexuelle Übergriffe gestiegen, auch unter Einsatz von K.o.-Tropfen“, warnt etwa das Auswärtige Amt in Deutschland.

Das Bildungsangebot für Kinder ist nur an einer internationalen Schule zu empfehlen (rund 9.000 Euro pro Jahr und Kind), dafür ist das universitäre Angebot recht erbaulich. In Summe ist Nassau auf den ersten Blick ein Traum, beim zweiten Blick zerschmilzt dieser unter der tropischen Sonne. Somit ist eines nicht verwunderlich: Von 2008 bis 2017 wanderten 139 Deutsche auf die Bahamas aus. Sie zogen aber allesamt wieder in ihre alte Heimat zurück.

Was wirklich zählt

Damit zeigt sich relativ deutlich, dass das „Irgendwann-bleib-i-dann-dort“ doch mehr braucht, als nur die temporären Aspekte eines kurzen Aufenthalts. Das gilt umso mehr für Familien. Das verdeutlicht ein jährlich erscheinender Städtevergleich des US-Beratungsunternehmens Mercer. 231 Großstädte werden auf 39 Kriterien untersucht, die aus der Sicht von ins Ausland entsendeten Mitarbeitern eine zentrale Rolle spielen: wie etwa soziale, politische, wirtschaftliche und umweltorientierte Faktoren. Hinzu kommen Kriterien wie Gesundheit, Bildungs- und Verkehrsangebote sowie andere öffentliche Dienstleistungen. Nach diesen Kriterien liegt Wien

schon seit zehn Jahren hindurch auf Nummer 1 als lebenswerteste Stadt der Welt. Mercer hat die zuvor genannten Maßstäbe auch an die Hauptstadt Bahamas angelegt und reiht Nassau auf Platz 112.

Jugend mag es hochmodern

Rund um diese Ranking-Stelle herum liegen Städte wie Bukarest, Tunis oder Tel Aviv. Die zweitgrößte Stadt Israels liegt auf Platz 104. Die hochmoderne und vor allem bei der Jugend und bei jungen Menschen begehrte Großstadt gilt aber als beliebter Urlaubsort und trendige Zu-

Die lebenswertesten Städte der Welt

1. Wien	Österreich
2. Zürich	Schweiz
3. Vancouver	Kanada
3. München	Deutschland
3. Auckland	Neuseeland
6. Düsseldorf	Deutschland
7. Frankfurt	Deutschland
8. Kopenhagen	Dänemark
9. Genf	Schweiz
10. Basel	Schweiz

zugsstadt. Startup-Kultur und offene Arbeitsbedingungen machen das Arbeits- und Freizeitleben angenehm. Dennoch schiebt Mercer diese Stadt, in der etwas mehr als 4.000 Bauhaus-Häuser stehen (Architektur der 1930er-Jahre) so weit zurück. Warum eigentlich? Ein Grund liegt darin, dass es immer wieder zu Konflikten und blutigen Übergriffen kommt. Sicherheit ist halt ein hohes Gut. Dennoch muss man sagen, dass Tel Aviv

Schönes, teures Pflaster

Doch weniger weit in die Ferne geblickt, sondern nur rüber zum Nachbarn geschickt, findet man die Nummer 2 des Mercer-Rankings: Zürich. Im Gegensatz zu Wien, liegt Zürich an einem wunderbaren See. Zürich ist bis in die letzte Straßenecke herausgeputzt und die Sicherheit – politisch wie persönlich – ist ein fundamentaler Wert. Man verdient deutlich mehr als in Österreich, dafür verliert

dazu nimmt – knapp drei Viertel davon fallen auf die Betreuungskosten. Viele Österreicher, die in der Schweiz gelebt haben, klagen darüber, kaum Anschluss an Schweizer Familien bekommen zu haben. Sehr hochwertig ist in Zürich das breite Angebot für Kunst und Kultur, wobei auch hier die Zutrittskosten im großen Ganzen höher sind als bei uns. Mehr als zufriedenstellend sind die Bildungsangebote: von der Vorschulstufe bis hin zur

foto: @santosh57 - stock.adobe.com



ZÜRICH, Schweiz

Zürich hat (fast) alle Voraussetzungen, um Wien den Rang als lebenswerteste Stadt streitig zu machen. Aber „Züri“ ist mit 450.000 Einwohnern deutlich kleiner als Wien. Und auch wenn die Stadt durch Limmat und Zürichsee mit lieblichen Uferpromenaden gesäumt ist, gibt es ein paar Haken: Wohnen und flexible Kinderbetreuung sind massiv teurer als in Wien.

im Vergleich zu anderen israelischen Städten relativ sicher ist. Das Militär ist zwar an allen Ecken gegenwärtig. Das Gefahrenpotenzial verdrängt man in relativ kurzer Zeit – für sich gesehen. Aber wie steht es um die Sorgen für den Nachwuchs und eben die ganze Familie? Die Ängste der Eltern, ihre Kinder in unsicheren Gebieten zu wissen, müssen hier nicht weiter erläutert werden. Hinzu kommt, dass Tel Aviv relativ teuer ist. Das Renommee-Magazin „Economist“ hat 160 Artikel und Dienstleistungen des täglichen Lebens, vor allem auch Mieten und Immobilienpreise für ein WCOL-Ranking (Worldwide Cost of Living) recherchiert. Tel Aviv liegt dabei schon auf Rang 10 – gleichauf mit Los Angeles.

man beim Konsum wieder das meiste. Stolze 2.500 bis 3.800 Schweizer Franken (etwa 2.360 bis 3.590 Euro) berappt man etwa für eine 90 Quadratmeter große Wohnung; wenn man eine findet. Wenig erfreulich für Eltern sind auch die recht unflexiblen Kinderbetreuungsstätten. Das geht zulasten derer, die nicht ständig die gleichen Uhrzeiten im Büro haben. Daher hat sich etwa die Privatinitiative „Tadah“ zusammengetan und einen Coworking Space mitsamt 30 Kinderbetreuungsplätzen für Kinder ab drei Monaten mit hoher Flexibilität eingerichtet. Wobei dieses Angebot nicht makellos ist: Rund 2.100 Euro kostet es, wenn man 16 Tage pro Monat einen Arbeitsplatz zur Verfügung möchte und die Kinderbetreuung

Universität. Exzellent ist das Angebot für den öffentlichen Verkehr. Bei den Preisen muss sich Zürich aber Wien knapp geschlagen geben: In Wien kostet die Jahreskarte 365 Euro, in Zürich gibt es den NetzPass ab 434 Euro pro Jahr.

Eine europäische Stadt könnte aber in fünf Jahren zu einer echten Konkurrenz für Wien und Zürich werden. Die finnische Hauptstadt Helsinki hat es sich zum Ziel gemacht, bis 2025 völlig autofrei zu werden. Helsinki rangiert derzeit auf Platz 31 in der Mercer-Studie. Aber eine Großstadt mit frischer Luft, reduzierten Unfallzahlen und einem perfekt vernetzten Mobilitätsangebot (so wie es geplant ist), könnte einige Plätze nach oben klettern – wenn nicht gar nach ganz oben.

Niemals vergessen!

YOUNG younion gedenkt am 10. Mai der Opfer des Nationalsozialismus im ehemaligen KZ Mauthausen.

Wir, die YOUNG younion, gedenken am 10. Mai der Opfer des nationalsozialistischen Terrors im ehemaligen KZ Mauthausen und wenden uns gegen jegliche Form von Fremdenhass, Antisemitismus, Diktatur und Intoleranz. Gerade als Gewerkschaft ist es von enormer Wichtigkeit, sich für ein gutes Miteinander ohne Ausgrenzung, Hass und Ungleichberechtigung einzusetzen, damit ein derartiger Horror nie wieder Realität werden kann.

Wer sich nicht erinnert, wird die Vergangenheit wiederholen müssen

Wie der spanische Philosoph George Santayana schon sagte: „Wer sich seiner Vergangenheit nicht erinnert, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.“ Als Hoffnungsträger unserer Vorfahren sehen wir es als unsere Pflicht, ein Zeichen des Widerstandes zu setzen, und gemeinsam in einer Stunde



foto: David Pichler

der Solidarität der Opfer von gestern und heute zu gedenken. Wir wollen in einer Welt leben, in der es egal ist, welche Hautfarbe, Religion oder sexu-

elle Orientierung jemand hat – für uns steht der Mensch im Mittelpunkt! Leider sehen das nicht alle so, und Wahlkämpfe werden wieder zunehmend damit geführt, indem man auf Schutzsuchende und Schwächere herabtritt.

Historische Fakten

Das Konzentrationslager Mauthausen war das größte Konzentrationslager der Nationalsozialisten auf dem Gebiet Österreichs, der Ostmark, ab 1942 Alpen- und Donau-Reichsgaue. Es befand sich 20 Kilometer östlich von Linz in Mauthausen und bestand vom 8. August 1938 bis zu seiner Auflösung nach der Befreiung seiner Insassen durch US-amerikanische Truppen im Mai 1945. Im KZ Mauthausen und seinen Nebenlagern wurden rund 200.000 Menschen inhaftiert, von denen mehr als 100.000 ums Leben gekommen sind. Auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers befindet sich seit 1947 eine Mahn- und Gedenkstätte der Republik Österreich.

Noch kurz vor der Befreiung wurden im Konzentrationslager Häftlinge ermordet, deren genaue Zahl unbekannt ist.

Im April 1945 begann die SS damit, alle Akten zu vernichten, die auf ihre Verbrechen im Lager hinwiesen. Darunter fiel auch das Abmontieren der Gaskammer, die 1941 im Keller des Krankenbaus eingerichtet worden war. Die technischen Einrichtungen der Gaskammer wie Gaseinfüllstutzen, Abluftventilator und Türen wurden demontiert, konnten aber später auf dem Lagergelände sichergestellt werden. Danach flohen die SS-Männer, und die Häftlinge wurden vom Volkssturm und der Wiener Feuerwehr bewacht.

Am 5. Mai 1945 wurde das Lager durch die vorrückenden Truppen der 11. US-Panzerdivision der 3. US-Armee befreit.

Quelle: Wikipedia

Daher treten wir für Solidarität und ein gerechtes Miteinander ein, für eine Welt, in der Stärkere den Schwächeren helfen. Schon seit dem Jahr 1994 läuft unsere Dauerkampagne „Aktiv gegen Rechts“, in welcher wir aufklären, weiterbilden und auf diskriminierendes und rassistisches Gedankengut aufmerksam machen.

Zum Zeitpunkt des Drucks dieses Magazins steht noch nicht fest, ob heuer eine Gedenkfeier auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen stattfinden kann. Nach dem Motto: „GEDENKT DER OPFER – ERINNERT DIE LEBENDEN“ werden wir aber auf jeden Fall auch in Zukunft gegen Angriffe von rechts kämpfen und Aufklärung betreiben“.

Richard Tiefenbacher
Jugendvorsitzender der younion



Der jetzige younion-Vorsitzende Christian Meidlinger war selbst Jugendreferent, gab Richard Tiefenbacher (links) und Jugendvertreterin Aylin Durukan ein paar Tipps.

foto: Cardes Production

YOUNG younion

Die Jugend hat eine kräftige Stimme!

FOREVER YOUNG – unter diesem Motto stand die 3. Bundesjugendkonferenz der YOUNG younion, der Jugendabteilung der younion – Die Daseinsgewerkschaft.

Neben den Delegierten wurden auch zahlreiche Ehrengäste begrüßt. Unter anderem AK-Präsidentin Renate Anderl und der Wiener Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport Peter Hacker.

Bei der Konferenz wurden klare Forderungen an die Politik beschlossen. Unter anderem macht sich die Jugend für den Ausbau von Ausbildungsplätzen



Bei der Bundeskonferenz der YOUNG younion sprach auch der Wiener Gesundheitsstadtrat Peter Hacker.



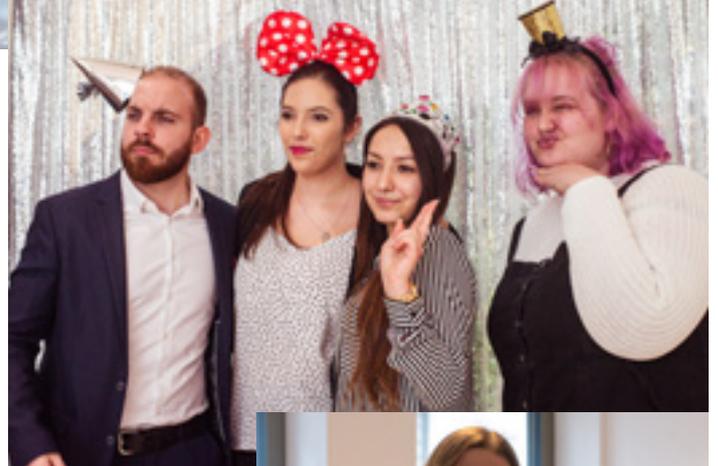
in der akademischen Gesundheits- und Krankenpflege, in den Pflegeassistentenberufen (Pflegeassistent und Pflegefachassistent), den medizinischen Assistentenberufen, bei den Hebammen und den Medizinisch-Technischen Diensten (MTDs) stark.

Öffentlicher Verkehr muss in öffentlicher Hand bleiben

Auch eine generelle Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, kostenloser und freier Bildungs- und Hochschulzugang sowie leistbares Wohnen werden eingefordert.

Richard Tiefenbacher von der YOUNG union: „Wir verlangen außerdem, dass der gesamte öffentliche Verkehr ausgebaut wird und in öffentlicher Hand bleibt. Das Topjugendticket muss auf ganz Österreich ausgedehnt werden – ohne Altersgrenze, für alle





Auszubildenden und von den ArbeitgeberInnen bezahlt.“

Dank an Vorgänger Nicolai Wohlmuth

Den nötigen Rückhalt bekam Richard Tiefenbacher von den Delegierten. Sie wählten ihn mit 89,58 Prozent als neuen Vorsitzenden. Ebenfalls ins Präsidium der YOUNG younion wurden Va-

nessa Dimic (81,25 %), Jasmin Haigner (83,33 %), Almir Kovacevic (85,42 %) und Katrin Fuchsbauer (83,33 %) gewählt.

Richard Tiefenbacher: „Ganz besonders möchte ich mich bei meinem Vorgänger Nicolai Wohlmuth bedanken. Er hat großartige Arbeit geleistet – und ich bin stolz darauf, dass ich sein Nachfolger werden durfte.“





**WIENER
STÄDTISCHE**
VIENNA INSURANCE GROUP



Denner, Mentele & Bergmann

LEBE DAS LEBEN

Mehr auf [LebeDasLeben.com](https://www.lebedasleben.com)

IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN

75 treue Jahre

Ein Tusch für unseren Franz Bileck!



foto: ÖGB-Verlag

Als Gitarrist war er Österreichs erster Studio-
musiker. Er begleitete Künstler wie Peter
Kraus, Freddy Quinn, Karl Farkas, Heinz Conrads
und Hans Moser, musizierte im In- und Ausland,
nicht zuletzt für mehrere Wiener Bürgermeis-
ter. Vor allem aber war und ist der
Musiker, Komponist und

Kapellmeister Franz Bileck Mitglied der ersten
Stunde. Am 1. Juni 1945 ist er der Gewerkschaft
beigetreten und bis heute aktiv.
Wir bedanken uns bei dem Ausnahmekönner
und Vollblutmusiker für 75 Jahre En-
gagement und Einsatz. Tusch
und Applaus!

Sektion Musik

Ehrenzeichenverleihung

Am 22. Jänner fand im großen Veranstaltungssaal der younion in Wien die traditionelle Ehrenzeichenverleihung für langjährige Mitglieder der Sektion Musik/HG VIII statt.

foto: Marcus Eibensteiner



Präsident Peter Paul Skrepek überreichte gemeinsam mit dem Vorsitzenden der younion, Christian Meidlinger, den langjährigen Mitgliedern die Urkunde und das Ehrenzeichen für die langjährige Mitgliedschaft zum Österreichischen Gewerkschaftsbund.

Die Sektion Musik dankt den aufgelisteten Geehrten noch einmal im Namen des Präsidiums und des Vorstandes der Sektion für das Vertrauen in die gemeinsame Sache, die jahrzehntelange Treue und für die Solidarität.

Folgende Kolleginnen und Kollegen wurden geehrt:

25 Jahre Mitgliedschaft

Maura Bayer
Guillermo Büchler
Michael Buchmann
Mag. Thomas Dürer
Gotthard Eder
Mag. Maria Frodl
Robert Gillinger
Lotte Griensteidl
Peter Hofmann
Karin Hopferwieser
Mag. Johann Kaar
Michael Kostka
Harald Krumpöck
Charles Benedict Lea
James Tobias Lea
Alexander Matschinegg
Anton Mühlhofer
Prof. Konrad Musalek
Mag. Christian Ofenbauer
Matthias Reissner
Jörg Schaffner
Till Georg Schüssler
Gerald Schuller
Christian Schulz
Christa Schwertsik
Prof. Peter Siakala
Lars Michael Stransky
Mag. Erwin Sükar
Prof. Gerhard Track
Prof. Mag. Wolfram Wagner
Gerhard Waiz
Martin Zalodek

40 Jahre Mitgliedschaft

Gustav Bauer
Heidemarie Duevell Zollner
MMag. Halina Esders-Niec
Mag. Werner Fleischmann
Alois Kampichler
Mag. Regine Koch
Jutta Kopecky
Mag. art. Karl Korak
Prof. Gabriel Madas
Dr. Otto Probst
Alexander Rauscher
Erich Schagerl
Gerald Schubert
Hochschulprof. Karl Steininger
Beatrice Swoboda
Wolfgang Tomböck jun.
Roman Trimmel
Prof. Stephan Turnovsky

60 Jahre Mitgliedschaft

Prof. Reinhard Dürer
Erwin Ira
Antonia Kollar
Ernst Lamprecht
O.Prof. Günter Lorenz
Adolf Markert
Josef Pigisch
Prof. Mag. Kurt Schmid
Dr. Michael Walter
Wilfried Weber

50 Jahre Mitgliedschaft

Alois Authried
Prof. Gerhard Breuer
Erwin Chab
Klaus Eisenberger
Hedda Gürtler
Prof. Alfred Hansel
Heinrich Heinrich
Dkfm. Ingrid Hendrich
Prof. Rudolf Huber
Dir. Helga Klein
Prof. Werner Lill
Rudolf Masek
Prof. Oskar Moser
Mag. Karl Reinberger
Prof. Peter Roczek
Mag. Hans-Helmuth Skalar
Gertrude Straka
Elfriede Valenta
Renate Zahradnik

65 Jahre Mitgliedschaft

Prof. Karl Dvorak
Prof. Mag. Günter Schindler
Richard Wilczek

70 Jahre Mitgliedschaft

Prof. Rudolf Eichler
Prof. Eduard Hruza
Ernst Krall
Leopoldine Lindner

Salzburger „Steuerlöscher“ wieder aktiv



foto: younion _ LG SZBG

Florian Fleissner konnte im Jahr 2019 insgesamt 405.000 Euro für 445 KollegInnen herausholen. Anmeldungen zum neuen „Steuerlöscher“ sind ab sofort möglich.

younion _ Die Daseinsgewerkschaft hilft wieder allen KollegInnen in Salzburg Geld zu sparen! Ab sofort sind Anmeldungen zum „Steuerlöscher“ möglich. Dabei gibt es persönliche Beratung bei der Durchführung der ArbeitnehmerInnenveranlagung. Florian Fleissner von der younion Salzburg: „Das geht auch rückwirkend auf fünf Jahre.“

Dabei geht es um richtig viel Geld. So konnten beim „Steuerlöscher“ im vergangenen Jahr 405.000 Euro für 445 KollegInnen vom Finanzamt zurückgeholt werden. Im Schnitt waren es 900 Euro pro Veranlagungsjahr.

Auch weitere Ansprüche konnten herausgefiltert werden

Bei einigen KollegInnen konnten durch das Beratungsgespräch auch weitere Ansprüche (wie z. B. Beantragung anderer Feststellungen des Finanzamtes oder des Sozialministeriumsservice) erreicht werden. Telefonische Anmeldungen zum „Steuerlöscher 2020“ unter: 0662/80 72 DW 2823 (Fr. Barbara Langer)

Premiere in Linz Neuer Jugendvorsitzender

Almir Kovacevic wurde zum Vorsitzenden des ersten Jugendpräsidiums der younion OÖ gewählt.

Premiere in Linz: Am 14. Februar fand im AK-Bildungshaus Jägermayrhof zum ersten Mal eine Landesjugendkonferenz der Gewerkschaft younion Oberösterreich statt. Dabei wurde der 21-jährige Linzer Almir Kovacevic von den Delegierten zum Jugendvorsitzenden der younion Oberösterreich gewählt. „Wir freuen uns, dass es gelungen ist, erstmals auf Landesebene ein Jugendgremium zu installieren“, sagte der younion-Landesvorsitzende Christian Jedinger und gratulierte Almir Kovacevic und dem gesamten neuen Jugendpräsidium zur Wahl. „Diese erste Jugendkonferenz soll zu einem wichtigen Impuls für die Jugendarbeit in der younion in Oberösterreich werden. Es ist wichtig, dass die Jugend ein Sprachrohr innerhalb

der Betriebe und auch innerhalb der Gewerkschaft hat“, so Jedinger weiter.

Der frisch gewählte Jugendvorsitzende geht mit vollem Elan ans Werk. „Ich freue mich sehr über das breite Vertrauen, das mir entgegengebracht worden ist. Es ist schön, dass ich mich nun für die Interessen der jungen KollegInnen aktiv einsetzen kann“, so Kovacevic, der als gelernter Bürokaufmann beim Magistrat Linz in der Abteilung für BürgerInnen-Angelegenheiten tätig ist. Almir Kovacevic hat es sich zudem zum Ziel gesetzt, die jungen Gemeindebediensteten stärker zu vernetzen: „Einerseits möchte ich gemeinsame Aktivitäten wie



foto: younion _ LG OÖ

„Ein wichtiger Impuls“: Auch Landesvorsitzender Christian Jedinger (im Foto links) gratulierte dem neuen Jugendvorsitzenden Almir Kovacevic (2. von links).

Ausflüge und Seminare organisieren, andererseits auch in möglichst vielen Gemeinden Jugendvertrauensräte etablieren. Jeder junge Kollege und jede junge Kollegin soll eine Ansprech- bzw. Vertrauensperson in seiner Nähe haben.“



fotos: younion



OÖ-Landesvorsitzender Christian Jedinger (li.) und Sportreferent Walter Bauer (ganz re.) mit den Bundesmeistern.

12. younion _ Bundesskimeisterschaft in Gosau/OÖ



Die Tagesbestzeit bei den Damen legte Alexandra Zemsauer von der LG Oberösterreich mit 1:46.95 hin.

Auf der Strecke Hornspitz, Skiregion Dachstein West, fand vom 29.1.–1.2.2020 die 12. Bundesmeisterschaft der younion im Skifahren statt. Am Anreisetag gab es zur Einstimmung für die Kolleginnen und Kollegen eine gemütliche Abendveranstaltung auf der Mittelstation der Gosauer Stub'n. Am nächsten Tag um 8 Uhr, empfangen von der Trachtenmusikkapelle Gosau, begrüßte unser Bundessportreferent Walter Bauer alle 131 TeilnehmerInnen der jeweiligen Landes- bzw. Hauptgruppen mit ihren Sportreferenten oder Betreuern sowie den Bürgermeister Ing. Friedrich Posch von

Gosau und den Landesvorsitzenden der younion aus Oberösterreich Mag. Christian Jedinger, der nach den Klängen der Bundeshymne diese Meisterschaft offiziell eröffnete.

Anschließend ging es zum Training auf die Piste.



Schnellster bei den Männern war mit 1:46,48 Manfred Mandler von der LG Salzburg.

Am 31.1., pünktlich um 9.30 Uhr, leider bei Regen, wurde mit dem 1. Lauf begonnen. Starthöhe: 970 m, Ziel: 795 m, Höhendifferenz: 175 m. Der 2. Lauf erfolgte um 11.30 Uhr (bei Sonnenschein). Am Ende schafften 97 SportlerInnen (77,60 %), den schwierigen Riesenslalom (wetterbedingte Schnee-Verhältnisse) in 2 Durchgängen.

Bei der SiegerInnenehrung bedankte sich der younion-Sportreferent bei den Kolleginnen und Kollegen für die hervorragende Disziplin, bei den Kollegen der Gemeinde Gosau, beim durchführenden Skiklub für die professionelle Arbeit, für die Unterstützung in der Zentrale, beim sportbegeisterten Landesvorsitzenden der LG OÖ, bei allen KollegInnen die sozusagen im Hintergrund tätig waren für die Zusammenarbeit und dadurch beigetragen haben, dass diese 12. Bundesmeisterschaft zu einem großartigen Erfolg wurde.

Die außergewöhnlichen wunderschönen Pokale überreichte der Bürgermeister, der Landesvorsitzende der LG OÖ und die stv. Vorsitzende der younion Angela Lueger, die es sich nicht hat nehmen lassen, bei der SiegerInnenehrung dabei zu sein.

Anschließend waren bei einigen noch genug Kraftreserven vorhanden, um das Tanzbein zu schwingen, begleitet von der Gruppe Dachstein Sound aus dem Salzkammergut.

Die Ergebnislisten und Fotos finden Sie auf www.younion.at/sport

34. younion _ Kegelmeisterschaft der LG Kärnten 2019

Am 30. November 2019 wurden die 34. Kegelmeisterschaften im Leistungszentrum des Kärntner Sportkellerverbandes in Klagenfurt durchgeführt.

Landesmeisterin bei den Damen wurde **Barbara Salmina, STW-AG Klagenfurt**, vor Adelheid Wallner, Wernberg, und Hildegard Strauß, STW-AG Klagenfurt.

Landesmeister bei den Herren wur-

de **Hermann Drössel, STW-AG Klagenfurt**, vor Klaus Engel, Magistrat Villach, und Johann Mikusch, STW-AG Klagenfurt.

Die SiegerInnenehrung wurde von Landessportreferent Gerd Laussegger und Landesvorstandsmitglied Peter Moser durchgeführt. Bei der Organisation und Durchführung der Meisterschaft waren auch Günter Snieder jun. und Ing. Gerhard Duschnig behilflich.



Im Bild v. l. n. r.: Landessportreferent Gerd Laussegger, Landesmeisterin Barbara Salmina, Landesmeister Hermann Drössel und Landesvorstandsmitglied Peter Moser

Europäischer „Green Deal“ ^{social}

Will die Wirtschaft nach Corona wieder auf die Beine kommen – dann nur grün! Die Rettung des Planeten gelingt nur, wenn auf allen Ebenen sozial gerechte Maßnahmen ergriffen werden.

Die EU verfolgt mit ihrem „Grünen Deal“ besonders ehrgeizige Ziele, und auch die neue Bundesregierung hat Klimaschutz zu einem ihrer Schwerpunktthemen gemacht.

Im österreichischen Regierungsprogramm steht der prägnante Satz: **„Wir sind die erste Generation, die die Folgen der Klimakrise spürt, und gleichzeitig die letzte Generation, die noch gegensteuern kann.“**

Damit diese Aussagen nicht nur eine leere Floskel bleiben, bedarf es einer Reihe an innovativen Maßnahmen, um den Lebensraum Erde für uns und kommende Generationen lebenswert, sozial und gerecht zu gestalten.

Klimakrise bedeutet Strukturwandel

In den Jahren nach der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise wurde deutlich, dass an den falschen Enden gespart wurde. Die Klimakrise macht dies noch deutlicher. Die EU-Mitgliedsstaaten haben mit ihren fiskalpolitischen Vorgaben öffentliche Investitionen von Städten und Gemeinden in Infrastruktur beinahe unmöglich gemacht. 2020 ist das Jahr, in dem ein erheblicher Wandel innerhalb dieser Strukturen geschaffen werden kann – mithilfe einer Änderung der Wirtschafts- und Währungspolitik.

Seit Jahren fordern wir die Einfüh-



rung einer „Goldenen Investitionsregel“, damit die öffentliche Hand in die Lage versetzt wird, klimarelevante Investitionen zu tätigen, ohne daran durch die strengen Fiskalregeln gehindert zu werden. Nun werden auch die Stimmen in der EU-Kommission dafür lauter.

Was ist notwendig?

Mit dem Grünen Deal sind 1.000 Mrd. Euro im EU-Haushalt bis 2030 vor-

gesehen. Die Hälfte davon soll in klimaschutzrelevante Projekte fließen. Wenn wir jedoch die Klima- und Energieziele bis 2030 erreichen wollen, bedarf es einer zusätzlichen Investition von bis zu 260 Mrd. Euro jährlich. Diese massive Lücke kann nur durch öffentliche Investitionen geschlossen werden.

Daher ist es umso wichtiger, dass es mehr Flexibilität bei der fiskalpolitischen Steuerung gibt, um notwendige

European Green Deal = 1.000 Mrd. Euro bis 2030

Jährlich fehlen aber 260 Mrd. Euro, um die Ziele zu erreichen



Quelle: Bundes Arbeiterkammer

Maßnahmen in zentralen Bereichen wie Gesundheit, Bildung, sauberer Mobilität und Energie, Klima oder Ausbau der Infrastruktur tätigen zu können. Daher muss legaler und illegaler Steuerschonung ein Riegel vorgeschoben werden. Schätzungen des EU-Parlaments zufolge entgehen der EU dadurch jährlich 825 Mrd. Euro. Durch Maßnahmen wie einem EU-weiten Mindeststeuersatz, einer konsolidierten Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage und einer länderweisen Berichterstattung könnten diese Verluste ausgeglichen und die großen Konzerne am Gemeinwohl beteiligt werden.

Just Transition Fund

EU = 7.5 Mrd Euro

Österreich = 53 Mio Euro

Quelle: EU Kommission

Gerechten Übergang sozial gestalten

Der Übergang hin zu einem klimaneutralen Europa bringt nicht nur für die Wirtschaft und Industrie Veränderungen, sondern verändert auch die Arbeitswelt. Es ist notwendig, dass dieser Übergang inklusiv gestaltet wird. Durch die Veränderungen werden einige Sektoren, Regionen und ArbeitnehmerInnen mehr als andere betroffen sein, wie z. B. der Stahlsektor, Bergbau- oder die Automobilindustrie. Um niemanden zurückzulassen, ist der „Just Transition Fund“ – der Fonds zur Bewältigung des gerechten Übergangs – geschaffen worden, um genau dort finanzielle Hilfestellung zu leisten, wo der industrielle Wandel am stärksten spürbar ist.

Modernisierung als Motor für Klimaneutralität

Mit der Modernisierung und Dekarbonisierung der Stahl-, Chemie- aber auch Automobilindustrie kann die EU eine Vorreiter- und Marktführerrolle

einnehmen. Um Abwanderung zu verhindern, muss ein CO2-Ausgleichssystem geschaffen werden.

Die Investition in den flächendeckenden Ausbau von öffentlichem Personenverkehr und die Kostenwahrheit im gesamten Transportsektor sowie Innovation und Förderung von neuartigen Technologien (z. B. Wasserstoff) sind zentral für die Erreichung der Dekarbonisierungsziele.

Die EU-Kommission setzt sich mit dem europäischen Grünen Deal auch

golden rule

Die „Goldene Investitionsregel“ soll Zukunftsinvestitionen der öffentlichen Hand z. B. Gesundheit, öff. Verkehr oder Infrastruktur aus der Berechnung der staatlichen Nettodefizite ausnehmen und das fiskalische Regelwerk (Maastricht, Fiskalpakt) flexibler gestalten.

INTERVIEW +++ INTERVIEW +++



Thomas Kattinig, Mitglied des Bundespräsidiums

Gibt es überhaupt eine Klimakrise?

Hurricanes in den USA, das rasante Abschmelzen des Eises in der Arktis, die Waldbrände in Australien sowie Dürre- und Hitzeperioden mit Ernteausfällen infolge des wärmsten Junis seit Beginn der Messungen in Österreich sprechen eine deutliche Sprache. Zu Recht wurde 2015 im Klimaabkommen von Paris vereinbart, dass der Ausstoß an Treibhausgasen gestoppt werden muss,

um den Temperaturanstieg auf 2 Grad zu begrenzen. Trotzdem steigen die Emissionen bis heute weiter an.

Warum sollen wir in Europa vorangehen?

Viele fragen sich, warum wir in Europa vorangehen sollen, wenn die Emissionen weltweit steigen, in der EU aber sinken. Nun, das hat auch seinen Grund: Die Veränderung des Wirtschaftssystems hat dazu geführt, dass viele arbeitsintensive und emissionsverursachende Produktionsprozesse in andere Erdteile, vor allem Asien, verlagert wurden. Es ist aber auch eine Chance, die Weltmarktführerschaft bei klimafreundlichen Technologien zu erlangen. Und das schafft Arbeit.

Welche Rolle spielt die gesamte Erbringung der Leistungen der Daseinsvorsorge bei der Erreichung der Ziele?

Eine ganz entscheidende. Es geht um saubere Energie und Mobilität, Kreislaufwirtschaft, Infrastruktur, die gesamte Ver- und Entsorgung u. v. m., also die Kernbereiche des täglichen Lebens. Die Städte und Gemeinden, aber vor allem wir Gemeindebedienstete

spielen in der Bewältigung der Klimakrise eine Hauptrolle. Jobs können gesichert und geschaffen werden.

Was ist vom Grünen Deal der EU zu erwarten?

Also, ich spreche ja gerne vom Green „social“ Deal. Denn die Bekämpfung des Klimawandels ist ja eine zutiefst soziale Frage. Niemand darf zurückgelassen werden. Für die EU ist dieses Projekt nicht nur eines der umfassendsten der vergangenen Jahrzehnte, sondern vor allem aus Sicht der Jungen, ein zutiefst sinngebendes und identitätsstiftendes. Europa soll bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent werden, und seine gesamte Wirtschaft soll nachhaltig werden. Die ersten konkreten Maßnahmen liegen ja schon vor. Im Bereich des Klimagesetzes, der Kreislaufwirtschaft und der Industriestrategie sind erste Vorschläge am Tisch.

Was bedeutet gerechter Übergang?

Klimapolitik kann nur mit sozialer Gerechtigkeit funktionieren. Besonders in Branchen wie z. B. Energieversorgung, Automobilindustrie, Straßengütertransport muss auf die

das Ziel, die Dekarbonisierung des europäischen Energiesystems weiter voranzutreiben. Derzeit entstehen 75 Prozent der Emissionen von Treibhausgasen (THG) durch die Erzeugung und den Verbrauch von Energie.

Ausgangslage in Österreich

Die ArbeitnehmerInnen zahlen den Großteil der Ökosteuern in Österreich. Sie zahlen relativ höhere Ökostromförderbeiträge und Netzentgelte und profitieren weder von den weitreichenden Befreiungen im Rahmen der österreichischen Energieabgabe (z. B. für die nicht-energetische Verwendung fossiler Energieträger) noch von der Energieabgabenvergütung.

Bei der Einführung von Ökosteuern ist daher auf die soziale Ausgewogenheit zu achten. Ökosteuern sind Verbrauchersteuern, sie treffen Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen besonders stark, weil diese einen großen Anteil ihres Einkommens für Energieausgaben und Konsum aufwenden.

*Europäisches Parlament, Bericht über Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung, P8_TA(2019)0240, 26. März 2019



Leistung muss gewährleistet bleiben

All die Investitionen und Maßnahmen müssen dazu beitragen, dass sich alle BürgerInnen die Veränderungen auch leisten können. Klimaschutz darf nicht zu einem Luxus werden, der einzelne Bevölkerungsgruppen ausgrenzt. Der Grüne Deal ist eine Chance, den sozial gerechten Wandel herbeizuführen. Dies wird aber nur mithilfe von Investitionen in qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen und der Mitwirkung aller funktionieren.

Was heißt das für Österreich?

Wir brauchen keine Steuergeschenke für Reiche und die Industrie, sondern Investitionen. Ein Investitionspaket von 1.000 Mrd. Euro jährlich für den Ausbau der Öffis, saubere Energie, energieeffizientes Wohnen, Klima- und Energieforschung ist notwendig, damit die Klimaziele erreicht werden und Strafzahlungen in Höhe von 6 bis 10 Mrd. Euro vermieden werden.

Tritt das nicht alles angesichts der Corona-Krise in den Hintergrund?

Wir sehen, wie verletzlich unser Lebensstil und das Wirtschaftssystem sind. Nach der Corona-Krise muss die Wirtschaft wieder auf die Beine kommen. Das ist aber auch eine Chance und muss mit dem grünen Umbau der Wirtschaft einhergehen. Es werden massive Geldmittel notwendig sein. Spekulanten und Zocker an den Börsen müssen durch eine Finanztransaktionssteuer zur Kasse gebeten werden und ein gerechter Steuerbeitrag von Konzernen und Reichen erfolgen.

Beschäftigten geachtet werden. Es ist uns auf EU-Ebene gelungen, einen sog. „Just Transition Fund“ einzurichten, der in betroffenen Branchen und Regionen die ArbeitnehmerInnen absichern soll.

Wie soll der Deal finanziert werden?

Nachdem die Sparpolitik der letzten 10 Jahre Europa weit zurückgeworfen hat und die Corona-Krise die Wirtschaft zum Erliegen brachte, muss nun investiert werden. Das heißt, wir brauchen EU-weit jährlich rund 180–290 Mrd. Euro an zusätzlichen Investitionen, um den Zielen des Pariser Abkommens nachzukommen. Die neue EU-Kommission will bis 2030 rund 1 Billion, also 1.000 Milliarden Euro investieren. Vorwiegend privater Natur. Das wird sich allerdings nicht ausgeben. Wir brauchen dringend öffentliche Investitionen, d. h. mehr Flexibilität bei öffentlichen Zukunftsinvestitionen durch eine sog. „Goldene Investitionsregel“. Und dann ist es Zeit für Steuergerechtigkeit: Europa entgehen jährlich durch legale und illegale Steuervermeidung rd 1.000 Mrd. Euro. Damit ist wohl alles gesagt.



Sabine Vogler
Amnesty-Netzwerk
Arbeit, Wirtschaft und
soziale Rechte



Venezuela

Verhafteter Gewerkschafter in Lebensgefahr

Der Gewerkschafter Rubén González setzt sich seit Jahrzehnten für Arbeitsrechte ein, so etwa für Tarifverhandlungen und die Auszahlung geschuldeter Löhne im staatlichen Eisenerz-Unternehmen „Ferrominera del Orinoco“. Deshalb wurde er immer wieder willkürlich festgenommen und verurteilt. 2011 organisierte er etwa einen Streik: Er wurde zu über sieben Jahren Haft verurteilt, kam aber dank massiver Proteste nach vier Tagen frei.

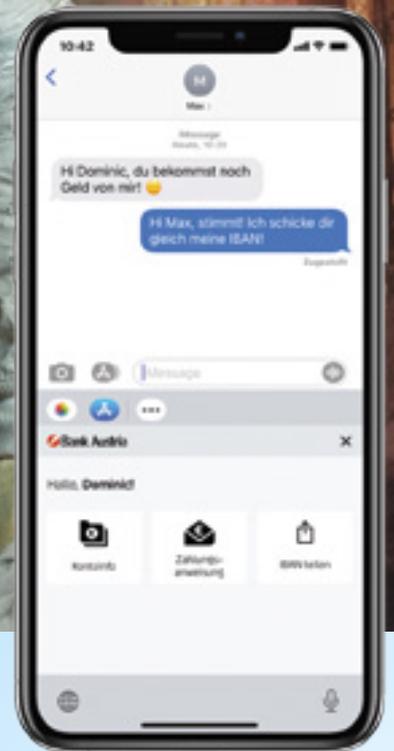
Zurzeit befindet sich der Gewerkschafter seit 29. November 2018 in Haft. Er wurde von der militärischen Spionageabwehr festgenommen und von einem Militärgericht in einem unfairen Verfahren verurteilt.

Rubén González leidet seit mehr als zehn Jahren an Niereninsuffizienz und an Bluthochdruck. Seine Anwälte haben wiederholt vor Gericht um ärztliche Behandlung gebeten, doch wurde er nur einmal verlegt, um medizinisch versorgt zu werden. Seiner Familie wird lediglich dann erlaubt Medikamente zu schicken, wenn er starke Schmerzen hat.

Seit dem 19. Jänner 2020 hat sich sein Gesundheitszustand dramatisch verschlechtert. Wenn er nicht sofort medizinische Hilfe erhält, ist sein Leben in Gefahr. Amnesty International fordert die unverzügliche und bedingungslose Freilassung des Gewerkschafters und angemessene medizinische Versorgung. Mehr Informationen und die Aktion dazu finden Sie unter: <http://gewerkschafterInnen.amnesty.at>

+++ INTERVIEW +++ INTERVIEW +++ INTERVIEW +++ INTERVIEW +++ INTERVIEW +++ IN

Jeder muss seinen Weg gehen.



Bank Austria Keyboard

Egal was dein Weg ist, wir machen ihn einfacher. Mit dem neuen Bank Austria Keyboard kannst du direkt über die Smartphone-Tastatur den Kontostand prüfen, Überweisungen machen und die IBAN teilen. Jetzt in der MobileBanking App aktivieren.

mobilebanking.bankaustria.at

Die Bank für alles,
was wichtig ist.

 **Bank Austria**
Member of  **UniCredit**

20% Memberbonus auf unsere Smartphone Tarife

	Mobile Platin	Mobile Gold	Mobile L	Mobile M	Mobile S
5G	5G	5G	-	-	-
Datenvolumen in Österreich	Unlimitiert	Unlimitiert	30 GB	20 GB	10 GB
max. Speed	Bis zu 300/50 Mbit/s Down-/Upload	Bis zu 150/50 Mbit/s Down-/Upload	Bis zu 150/20 Mbit/s Down-/Upload	Bis zu 100/20 Mbit/s Down-/Upload	Bis zu 50/10 Mbit/s Down-/Upload
Interneterlebnis	Platin	Gold	-	-	-
Minuten & SMS in Österreich und in der EU	Unlimitiert	Unlimitiert	Unlimitiert	Unlimitiert	Unlimitiert
im und ins Ausland (EU, CHE, SRB, BIH, TUR, USA, CAN)	500 Minuten 500 SMS	250 Minuten 250 SMS	150 Minuten 150 SMS	100 Minuten 100 SMS	50 Minuten 50 SMS
Datenvolumen in der EU	40 GB	30 GB	30 GB	20 GB	10 GB
Datenvolumen in CHE, SRB, BIH, TUR, USA, CAN	1 GB	500 MB	300 MB	200 MB	100 MB
Grundgebühr für Memberkunden	statt € 70 € 56 <small>MTL.</small>	statt € 55 € 44 <small>MTL.</small>	statt € 45 € 36 <small>MTL.</small>	statt € 35 € 28 <small>MTL.</small>	statt € 25 € 20 <small>MTL.</small>

Exklusiv für alle Mitglieder der youunion:

- € 69,99 Aktivierungskosten sparen
- 20% Member Bonus auf unsere Mobile Tarife
- Jedes Mitglied kann auf seinen Namen bis zu 3 Zusatzanmeldungen durchführen

Servicepauschale € 24,99 jährlich. Zzgl. Urheberrechtsabgabe € 3, 24 Monate MVD. **5G:** Derzeit ist die örtliche Nutzung von 5G nur eingeschränkt verfügbar. T-Mobile arbeitet an einer stetigen flächenmäßigen Ausweitung des 5G Netzes. Für die Nutzung ist eine 5G-fähige Hardware erforderlich. Details zur aktuellen örtlichen Verfügbarkeit von 5G in Österreich sowie weitere Informationen von 5G finden Sie unter magenta.at/5G. **Aktion:** Gültig bei Bestellung bis 31.03.2020. **Member Bonus:** -20% Rabatt auf die reguläre mtl. Grundgebühr des jeweiligen Tarifs laut besonderer Entgeltbestimmungen. Rabatt geht mit Vertragsende, Vertragsübernahme oder Tarifwechsel verloren. Nach Verlust des Rabattes erfolgt die Verrechnung gemäß besonderer Entgeltbestimmungen des gewählten Tarifs. Keine Barablässe möglich. Alle Preise verstehen sich in Euro inkl. USt. Die jeweils zugeordneten Bandbreiten verstehen sich als maximal im geteilt genutzten Netzwerk. Für diese Tarife gilt das Prinzip „Roam like at Home“. Details auf magenta.at/eu-roaming. Preise und Details auf magenta.at/member



Das ist doch Stermann!!

Gernot Blümel ist Vater geworden. Ich gratuliere ihm und dem Kind. Ein Glück für das Baby, dass es nicht über den Balkan auf die Welt kommen wollte. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass Kinder einen Menschen weicher und empathischer machen können. Aber das gilt natürlich nicht für einen verantwortungsvollen Politiker wie Blümel.

Die ÖVP ist rechter als ihre Wähler. Und die Grünen? Nur ein kleines Blümel auf der großen türkisen Wiese der Macht. Sebastian Kurz hat angekündigt, drei Millionen Euro für humanitäre Hilfe zur Verfügung stellen zu wollen. Drei Millionen – das ist die etwa die Hälfte der Summe, die Kurz und Blümel pro Jahr für Haargel ausgeben.

Kann man eigentlich menschliche Gefühle im Angesicht der furchtbaren Bilder von unbetreuten minderjährigen Kriegsflüchtlingen lernen? Könnte man Kurz und Blümel durch mühevollen Unterricht beibringen, mitfühlend zu sein?

Oder geht das gar nicht. Selbst der deutsche Innenminister Seehofer möchte 1.500 Kinder nach Deutschland holen lassen. Aber wir? Sagen Nein. Österreich ist so arm, dass nicht einmal ein Kind aus den überfüllten



und völlig verschlammten Flüchtlingslagern gerettet werden kann. Obwohl, Fussi sei Dank, unzählige Bürgermeister unseres Landes dazu bereit wären. Aber Kurz und Blümel haben in den vergangenen Jahren bei Kickl keinen Ethikunterricht bekommen, sondern in verteilten Rollen immer und immer wieder einen Heiner-Müller-Text gesprochen. Der Dialog wird von Eins und Zwei geführt. Eins ist Kurz, Zwei Blümel.

Kurz: Darf ich Ihnen mein Herz zu Füßen legen?

Blümel: Wenn Sie mir meinen Fußboden nicht schmutzig machen.

Kurz: Mein Herz ist rein.

Blümel: Das werden wir ja sehen.

Kurz: Ich kriege es nicht heraus.

Blümel: Ich werde es Ihnen herausoperieren ... So, das hätten wir. Aber das ist ja ein Ziegelstein. Ihr Herz ist ein Ziegelstein.

Kurz: Aber es schlägt nur für Sie.

Kulturschaffende brauchen Hilfe!

Leere Ränge, leere Kassen

Der Kulturbetrieb muss derzeit schwere Schläge hinnehmen. Das spiegelt sich leider auch in unserem umfangreichen Theaterservice, das kulturbegeisterten Mitgliedern normalerweise für viele Vorstellungen ermäßigte Karten anbietet.

Dieser Service ist derzeit bedauerlicherweise nicht aufrechtzuerhalten.

Zahlreiche Vorstellungen wurden bereits abgesagt, laufend kommen weitere Aufführungen hinzu oder werden zumindest verschoben. Einen Überblick können sich derzeit auch die diversen Verkaufsstellen und Agenturen nicht verschaffen.

Sobald der Theaterbetrieb seinen regulären Verlauf wieder aufnimmt, läuft selbstverständlich auch unser Theaterservice wieder an.

Wir ersuchen um Verständnis.

Die Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus haben viele Veränderungen mit sich gebracht. Zu den besonders Betroffenen zählen jene Kunst- und Kulturschaffenden, die auf zahlendes Publikum und gut besuchte Vorstellungen angewiesen sind.

Die Absage von Veranstaltungen und die Schließung von Häusern hat zu einer beispiellosen Situation geführt. Vor allem atypisch Beschäftigte und Freischaffende stehen plötzlich ohne jegliches Einkommen da. Viele von ihnen haben keinen finanziellen Polster, um diese Situation zu meistern. Noch dazu ist völlig unklar, wie lange dieser Ausnahmezustand anhalten wird.

Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, rasch etwas für die Beschäftigten im Kunst- und Kulturbereich zu unternehmen. Es muss schnell und unkompliziert geholfen werden. Existenzen sind bedroht.

Gerade der Kulturbereich kann nicht mit anderen Branchen verglichen werden. Vorstellungen, die jetzt nicht stattfinden, können nicht einfach später eingeschoben werden. Weg ist weg. Keine Vorstellung, keine Gage. Wir warnen auch vor massiven Einsparungen, sobald die Krise überwunden ist. Die Veranstalter kommen in massive Budgetnot – und vermutlich auf die Idee, weiter beim Personal einzusparen. Das darf nicht passieren!

Wir stecken mitten in einer außergewöhnlichen Situation. Aber ich bin überzeugt, dass wir gemeinsam wieder herausfinden werden. Ich bedanke mich bei allen Beschäftigten, die jetzt dabei sind, alle Absagen abzuwickeln.

Christian Meidlinger, Vorsitzender der younion

Online immer informiert bleiben

www.younion.at



[younion_daseins_gewerkschaft](https://www.instagram.com/younion_daseins_gewerkschaft)



twitter.com/younion_at



facebook.com/younion.at

younited MZ 02Z031734 M

Ein Ersuchen des Verlages an den/die Briefträgerin:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

<hr/>	
Strasse/Gasse	Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür
<hr/>	
Postleitzahl	Ort
<hr/>	
Besten Dank	